

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 266 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 3/2017 VOM 28. FEBRUAR 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | Diese »B 167 neu«
brauchen wir nicht
Lange Wege zur Autobahn

8-10 | Die »wahren«
fünfzig Prozent
Kontroverses zum Finowkanal

14 | Die Abgründe
eines »Linken«
Geographische und andere Wirrnisse

Eberswalde unter Narrenherrschaft

Absurde Folgen der Fahrspurminimierung in der Heegermühler Straße



Foto: Gerd Markmann

Eberswalde (bbp). Offiziell hatten die Narren das Stadtzepter erst am 11.11. ergriffen. Tatsächlich übten sie ihre Herrschaft schon vorher aus. Und es scheint fraglich, ob nach Aschermittwoch die Narren den Rathausschlüssel tatsächlich wieder zurückgeben.

Als im Oktober unangekündigt die zwei Fahrspuren in der Heegermühler Straße zwischen Drehnitz- und Boldtstraße auf eine reduziert wurden, hatte das auch Auswirkungen auf die Verkehrsführung an der Einmündung der Boldtstraße in die Heegermühler Straße. Dort gab es bis dahin zwei Linksabbiegerspuren. Da in der Hauptstraße fortan nur noch eine Spur zur Verfügung stand, mußte selbstredend eine der beiden Linksabbiegerspuren der Nebenstraße gesperrt werden.

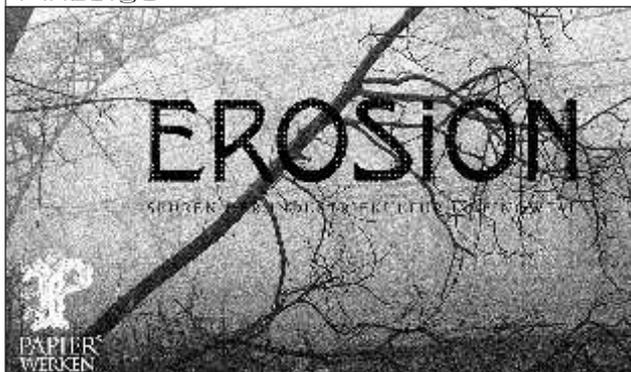
Die Sperrung der Linksabbiegerspur erfolgte akkurat nach Vorschrift. Die Spur wurde durch eng gestellte Schilder und Leitbaken unbenutzbar gemacht. Dummerweise geschah dies ohne Abstimmung mit der Barnimer Busgesellschaft (BBG).

Deren Obusse nutzten die Einmündung Boldtstraße bis dahin als Wendestelle, da wochentags fahrplanmäßig täglich vier Fahrten an der Boldtstraße enden. Wie der BBG-Verkehrsleiter Alexander Greifenberg bestätigte, war es, »bedingt durch die in der Boldtstraße aufgestellten Absperrungen für unsere Fahrzeuge nicht mehr möglich, die Wendestelle in der Boldtstraße zu nutzen«. Weil der Wenderadius nicht mehr ausreichte, mußten »unsere Fahrer daher den Kreisverkehr in Höhe Tankstelle nutzen«.

Diese Verlängerung sei nicht schön, so Greifenberg weiter, führe aber auch »nicht zu erheblichen finanziellen Mehraufwendungen«. Verspätungen im Fahrplan seien ausgeschlossen, da ausreichend Wendezeiten berücksichtigt sind. »Die pünktlichen Abfahrt an der Haltestelle Schöpferstraße in Richtung Nordend ist gegeben«.

Inzwischen wurden die Leitbaken an der Wendestelle Boldtstraße nach Informationen eines BBP-Lesers »heimlich, still und leise so umgestellt, daß dort der Obus wieder wenden kann«.

Anzeige



Hans Jörg Rafalski betrachtet in »Erosion - Spuren der Industriekultur im Finowtal« in Geschichten und atmosphärischen Bildern auf 96 Seiten die großartige Vergangenheit des bedeutendsten historischen Industriestandortes der Mark Brandenburg sowie das, was in der Gegenwart davon noch nachvollziehbar ist. Die hinterbliebenen Zeugnisse sind seit den Neunzigern der Erosion überlassen und so bewahrt das Buch eine Momentaufnahme des Vergehens und versucht, die Größe des kulturhistorischen Verlustes zu ermessen. Der Industriestandort wird dabei durch die Perspektive der acht Elemente beleuchtet, die seine Entwicklung bestimmten und die ein- und denselben Ort in seinen Facetten sichtbar machen. Der Autor verarbeitet in dem Buch auch die eigene Familiengeschichte, die eng mit der Geschichte der Eisengießereien im Finowtal verbunden ist. Neugierig? papierwerken.com
Erosion - Spuren der Industriekultur im Finowtal · von Hans Jörg Rafalski
Hardcover mit 96 Seiten im Format 31,7 x 23,0 cm · mit 48 großformatigen Fotografien und 1 Übersichtskarte · Kurztitel: Erosion · ISBN 978-3-00-054747-8 · 29 Euro

Gewolltes Nichtwissen

Forscher der Technischen Universität Dresden untersuchen in einer Studie, warum ein erheblicher Anteil von ehemaligen DDR-Bürgern, die altersmäßig dafür in Frage kommen, noch keinen Antrag auf Einsicht in ihre Stasi-Unterlagen gestellt haben. Auch Personen, die durchaus eine Opferrente zugesprochen bekommen, verzichteten bisher darauf.

Psychologen wollen nun wissen, warum das so ist und rufen solche Bürger dazu auf, sich beim Forscherteam zu melden, um einen detaillierten Fragenkatalog zu beantworten. Die Wissenschaftler versprechen sich, daraus allgemeingültige Rückschlüsse auf Transformationsgesellschaften zu ziehen, in denen die Bevölkerung nach Gewalterfahrungen zu einer allgemeinen Amnestie tendiert.

Die Forscher vermuten, daß es sich so im Freundes- und Kollegenkreis leichter leben läßt und daß sich viele den möglichen Schmerz nicht antun wollen. So habe es ja auch in der alten Bundesrepublik eine Generalamnestie für Nazimitläufer gegeben und das, obwohl, wie die Forscher betonen, der Holocaust eine einmalige Ausnahme-gewalterfahrung war, die eigentlich keine Amnestie rechtfertigt.

Warum also wollen sich viele DDR-Bürger nicht den sozialistischen Gewalterfahrungen stellen? Warum verweigern sie einer stolzen Behörde den Anspruch der Geschichtsaufklärung?

Haben sie etwa vergessen, daß das billige Schulessen fast ungenießbar war? Haben sie vergessen, daß sie mit FDJ-Uniform vor russischen Soldaten sozialistische Heimatlieder singen mußten oder daß sie gezwungen wurden, Zusammenfassungen von Abschnitten des »Kapitals« von Karl Marx zu erstellen, eine Zumutung, die alleine schon für eine Opferrente ausreichen sollte, oder noch schlimmer: die aktuelle Politinformazia der sowjetkommunistischen Parteizeitung PRAWDA auswendig zu zitieren – und das auf Russisch!

So etwas würde doch sogar reichen, um heutzutage ein hohes Amt in der Bundesregierung zu bekleiden. Auf daß so etwas nie mehr geschehe! Die Wissenschaftler sind also daran interessiert, sämtliche Geschichtsignoranten zu erfassen und psychologisch zu untersuchen. Denn eins ist klar: Wer eine bundesdeutsche Opferrente ausschlägt, muß irgendwie krank sein, um nicht zu sagen bescheuert.

Oder aber, es gibt noch Menschen, die Stolz und Ehre haben. Und, die so ein Almosen nicht nötig haben.

JÜRGEN GRAMZOW

Zitat des Monats

ERST DIE SOZIALISTEN ABSCHIEBEN, KÖPFEN UND UNSCHÄDLICH MACHEN, WENN NÖTIG PER BLUTBAD, UND DANN KRIEG NACH AUSSEN. ABER NICHT VORHER UND NICHT A TEMPO.

Wilhelm II. 1905 in seinem Neujahrsbrief an Reichskanzler Bernhard von Bülow

Alle Erwartungen übertroffen

»Liebeserklärung der Brandenburger an ihre Landkreise«

Am 14.02.2017 endete die am 01.11.2016 begonnene Unterschriftensammlung der Volksinitiative »Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen«. Aufgrund des großen Zuspruchs wurde die Sammlung vorzeitig beendet, denn die notwendige Zahl von 20.000 Unterschriften war schon nach wenigen Wochen erreicht. Letzte Schätzungen Anfang Februar gingen bereits von 80.000 Unterschriften aus.

Nach der Bekanntgabe des vorzeitigen Sammlungsstopps wurden die Bürger und lokalen Aktivisten gebeten, alles zuzusenden, was bereits gesammelt war. Denn viele wollten erst einmal sammeln und dann gebündelt die Unterschriften zurücksenden. So trafen innerhalb weniger Tage noch einmal zigtausende Unterschriftenlisten aus dem ganzen Land ein. Die Gesamtzahl erhöhte sich auf 129.464 Unterschriften. Es war die schnellste und effektivste Unterschriftensammlung Brandenburgs.

Damit waren alle ursprünglichen Schätzungen kaum verkündet, nun schon wieder veraltet. Die neuen Zahlen haben selbst die kühnsten Erwartungen noch einmal deutlich übertroffen. In Anspielung an den Valentinstag nannte der Landtagsabgeordnete Péter Vida die Unterschriften »eine Liebeserklärung der Brandenburger an ihre Landkreise«.

Die gewaltige Zahl – theoretisch genug, um 6 Volksbegehren zu starten oder das 80.000-Quorum des nun vermutlich folgenden Volksbegehrens locker zu knacken – ist ein gewaltiger Schlag, der die Landesregierung zum Umdenken bringen sollte. Diese hatte anfangs versucht, den Eindruck zu vermitteln, daß sich für das Thema nur Verwaltungsbeamte in den kreisfreien Städten interessieren würden.

Zumal in den letzten Monaten die Begründung der angeblich »alternativlosen« Reform immer mehr in sich zusammenbricht. Nachdem inzwischen klar ist, daß die Reform kein Geld spart, ist nun auch klar, daß die Bevölkerung Brandenburgs dank Zuwanderung seit Jahren wächst, anstatt zu schrumpfen. Selbst in den angeblich »aussterbenden« ländlichen Landkreisen sind die Bevölkerungs- und Geburtenzahlen deutlich höher, als vor einigen Jahren prognostiziert wurde. Das Landesamt

Frauencafé im »Palanca«

Für alle Frauen und Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gibt es seit Januar ein monatlich stattfindendes Frauencafé im »Palanca« (Coppistraße 1, 16227 Eberswalde). Es ist Zeit zum Kaffee und Tee trinken, Gebäck naschen und sich kennenlernen über Leben, Sorgen und Wünsche austauschen. Die nächsten Termine sind am 18. März und am 22. April, jeweils Samstag, immer ab 15 Uhr. Ihr könnt einfach kommen und gerne Kuchen, Kekse oder Obst mitbringen. Für Kinder gibt es Spielmöglichkeiten.

BEATE GOLLNAST



Foto: BVB/FW

für Statistik mußte daraufhin zugeben, daß die Prognosen – mit denen die Kreisgebietsreform begründet wird – inzwischen veraltet und nicht mehr zutreffend sind.

Brandenburger Vereinigte
Bürgerbewegungen/Freie Wähler

»Ich war's nicht«

Replik zu »Grand mit Vieren umgehängt«

In der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« berichteten wir über seltsame Veränderungen an den Bildern der aktuellen Rathaus-Ausstellung »Wir sind alle über Vierzig« von Dr. Waltraud Voigt. Das Bild »Grand mit Vieren«, auf dem sie den Stadtverordneten Carsten Zinn portraitiert hatte, war von der Mitte der Bilder an den Rand umgehängt worden. Dazu hatten wir den Brief von Dr. Voigt an Bürgermeister Friedhelm Boginski abgedruckt.

Dr. Voigt informierte inzwischen darüber, daß der Bürgermeister bei ihr angerufen habe und sehr erregt war. Er bat darum, daß seine Antwort, die er ihr per Mail geschickt hatte, ebenfalls in der »Barnimer Bürgerpost« abgedruckt wird. Frau Dr. Voigt reichte Bitte und Mail an die Redaktion weiter. Wir kommen der Bitte natürlich gerne nach.

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Sehr geehrte Frau Voigt,
haben Sie herzlichen Dank für Ihre Anfrage vom 28.01.2017.

Lassen Sie mich zuerst sagen, daß ich enttäuscht darüber bin, welche Handlungsweise Sie Ihrem Bürgermeister zutrauen. Weder das Umhängen von Bildern anderer Leute, noch Unterstellungen, Lügen oder Halbwahrheiten gehören zu meinen Handlungsmaximen.

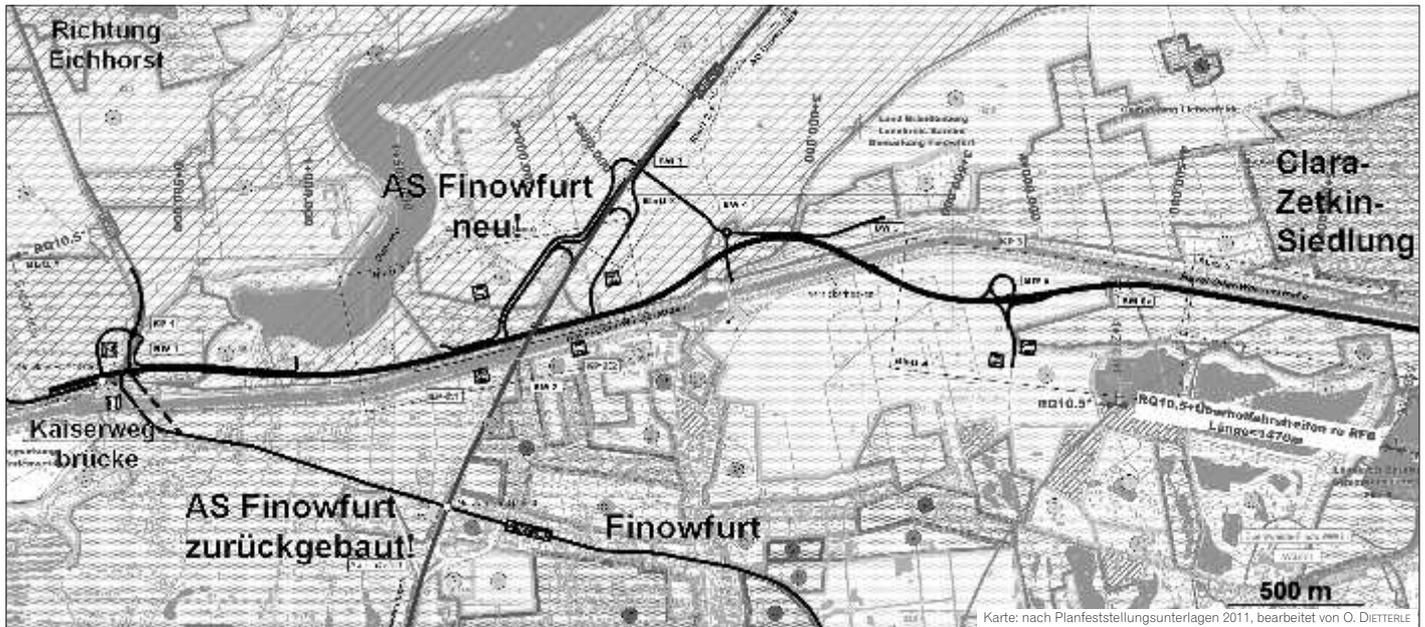
Inhalt, Organisation und detaillierte Absprachen der Ausstellung im Rathaus gehören zu den Aufgaben des Kulturamtes. Ich bitte Sie deshalb, sich vertrauensvoll an den Kulturamtsleiter Herrn Dr. Neubacher zu wenden.

Mit freundlichem Gruß

F. BOGINSKI

Diese »B 167 neu« brauchen wir nicht!

Liebe Leser der BBP, mit diesem Kartenausschnitt stellen wir Ihnen den westlichen Teil der Baumaßnahme B 167neu vor, so wie das Vorhaben – nach Planfeststellung – laut Bundesverkehrswegeplan-Ausbaugesetz vom Dezember 2016 realisiert werden soll. Wer immer noch glaubt, daß dieser Plan niemals Wirklichkeit werden wird, etwa weil schon ewig geplant wird und das Geld dafür noch nicht bereit liegt, dem sei gesagt, daß die Maßnahme im Gesetz als »vordringlicher Bedarf« eingestuft ist und daß Herren wie z.B. Boginski, Schoknecht und Ihrke die Realisierung dieser »Verkehrs- und Lebensader für den Barnim« immer wieder fordern (MOZ vom 22.03.2016, Blitz vom 26.03.2016). Sehen Sie sich das Bild genau an. Nehmen Sie zunächst zur Kenntnis, was im Zusammenhang mit diesem Vorhaben hier mit der Natur in unserem unmittelbaren Wohnumfeld passieren soll.



Vielleicht ist das für Sie aber gar nicht so wichtig!? Vielleicht interessiert Sie ja viel mehr der Lärm, der von dieser Straße ausgehen wird. Sehen Sie dann noch genauer hin und versuchen Sie herauszubekommen, wie Sie zukünftig unsere Naherholungsgebiete erreichen (soweit sie danach noch vorhanden sind und der Naherholung dienen können).

Prüfen Sie, wie Sie von Ihrem Wohnhaus die Autobahn erreichen und wie Sie von der Autobahn auch wieder nach Hause kommen.

Beachten Sie dabei, daß Sie von der neuen Straße, wie von einer Autobahn, nicht links abbiegen können, auf der Straße nicht wenden und von ihr nur an Ausfahrten, hier genannt Knotenpunkte (KP), rechts abbiegen dürfen.

Denken Sie daran, daß der KP3 nur eine Option ist. Der »Bund« ist daran nicht inter-

essiert und wird ihn nur bauen, wenn die Gemeinde Schorfheide einen entsprechenden Antrag stellt und den dann fälligen »Zubringer« selbst bezahlt. Vor und hinter der Autobahnbrücke über den Kanal wird es zwei Ampelanlagen geben, die ein Überqueren der Fahrbahn von der Süd- auf die Nordseite ermöglichen.

Vergessen Sie vor allen Dingen nicht, daß die derzeitige Autobahnanbindung Marienwerder Straße dann nicht mehr vorhanden sein wird. Wenn Sie Ihren Fahrweg herausgefunden haben, dann legen Sie das Blatt nicht verärgert zur Seite und denken Sie nicht: »Das kann doch alles gar nicht wahr sein!« Begreifen Sie: es kann wahr werden!

Setzen Sie sich dafür ein und tun Sie etwas dafür, daß es nicht wahr wird! Noch ist das Vorhaben nicht »planfestgestellt«, wie es im

amtsdeutsch heißt. Bringen Sie sich ein und helfen Sie mit, daß nur Straßen gebaut werden, die wir wirklich brauchen und mit denen es sich gut leben läßt.

Sagen Sie nicht: »Ich kann da doch nichts machen!« Allein können Sie nichts machen, da geben wir Ihnen recht, aber gemeinsam können wir alles schaffen! Jede Stimme zählt! Erkennen Sie: Diese B 167 neu brauchen wir nicht! Sie schadet der Natur, uns Anwohnern und dem Landkreis, insbesondere der Stadt Eberswalde und Finowfurt.

In den kommenden Ausgaben der BBP werden wir Ihnen die folgenden Abschnitte – zunächst Finow-Nord – vorstellen. Dann wird jedem der Schaden, der uns droht, noch klarer werden!

OSKAR DIETTERLE und
JOHANNES MADEJA

Volksbegehren für mehr Demokratie:

»Wir entscheiden mit!«

Eberswalde (bbp). Zu einem ersten »Aktiventreffen« in Eberswalde zum Volksbegehren »Wir entscheiden mit!« lädt der Verein Mehr Demokratie e.V. am 2. März, um 17 Uhr, alle Interessierten in den Tausch-, Leih- und Schenkkladen im Zwischenraum e69 (Eisenbahnstraße 69) ein.

»Im Land Brandenburg brauchen die Werkzeuge der direkten Demokratie dringend ein

Update«, sagt Jan Drewitz vom Mehr Demokratie e.V. »Volksbegehren auf Landesebene und Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene scheitern im Land Brandenburg regelmäßig an zu kurzen Fristen, zu hohen Hürden und überzogenen formalen Anforderungen. Deshalb gehört das Land Brandenburg zu den Schlußlichtern der direkten Demokratie in Deutschland.«

Im April wird dazu ein Volksbegehren starten. Bei dem Aktiventreffen am 2. März in Eberswalde soll konkret überlegt werden, wie das Volksbegehren in Eberswalde und Umgebung erfolgreich unterstützt werden kann. Zugleich sollen erste Aktionen geplant werden.

Weitere Informationen finden sich auf www.wir-entscheiden-mit.de.

KJP aktivieren

Eberswalde (bbp). Das »Bündnis Eberswalde«, seit Jahresbeginn als neue Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung aktiv, hat einen Vorschlag zur »Aktivierung des laut Beschluß bestehenden Kinder- und Jugendparlamentes« eingebracht, der am 15. März im Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (ASBKS) beraten werden soll. Da die Existenz des Kinder- und Jugendparlamentes (KJP) in der Hauptsatzung geregelt ist, braucht es keinen erneuten Stadtverordnetenbeschluß. Nach Auffassung der Fraktion ist es ausreichend, daß im ASBKS das Einvernehmen über die Aktivierung des KJP hergestellt wird.

Kinder- und Jugendparlamente seien in der BRD vielerorts als »konkrete Umsetzung von Jugendpartizipation« erfolgreich tätig, begründet die Fraktion ihr Anliegen.

Das KJP ermögliche jungen Menschen »direktes Mitwirken, Mitgestalten und Mitreden. Es bietet vielfältige reale Möglichkeiten, ihre Wünsche und Anregungen, aber auch ihre Kritik nicht nur fiktiv, sondern aktiv in das kommunalpolitische Geschehen einfließen zu lassen.« Das Scheitern des bis 2016 arbeitenden KJP sei »auch Ausdruck eines Verkennens der Verantwortung der Stadtverordneten, eines Mangels an engagierter, fachkompetenter und innovativer Anleitung und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die kommunalpolitische Arbeit«. Den Stadtverordneten müsse »zukunftsorientiert bewußt sein, daß wir überparteilich eine hohe Verantwortung dafür tragen, daß die junge Generation Kommunalpolitik selbst aktiv mitgestaltet und sich dafür begeistert, an bürgerorientierter Kommunalpolitik real teilhaben zu können«.

Der seit August 2016 als Alternative probierte »Jugenddialog Eberswalde« habe offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht und müsse beendet werden. »Das beauftragte Projektbüro beanspruchte bisher finanzielle Mittel, die in ihrer Höhe zielführender und wirkungsvoller hätten eingesetzt werden können, wenn man die prinzipiell bewährte Form des Kinder- und Jugendparlamentes belassen hätte.«

Höhere Schlüsselzuweisung

Eberswalde (bbp). Wie Finanzdezernentin PETRA STIBANE am 9. Februar im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen informierte, erhält die Stadt Eberswalde im Jahr 2017 etwa eine halbe Million Euro mehr an allgemeiner Schlüsselzuweisung. Hinzu kommen über 200.000 Euro zusätzlicher Familienlastenausgleich. Insgesamt stehen rund 756.000 Euro mehr im Haushalt zur Verfügung. Allerdings greift sogleich der Landkreis mittels der Kreisumlage darauf zu. Diese ist für die Barnimer Gemeinden unverändert auf 43,81 % festgesetzt. 324.000 Euro der Mehreinnahmen fließen sogleich weiter in die Kreiskasse so daß im Saldo für Eberswalde ein Mehrbetrag von etwa 432.000 Euro verbleibt.

Nachhaltig baumlos

Die schöne Stadt Eberswalde ist und bleibt für die Initiative baumloses Bauen in der Stadt (IbBiS) das geistige und moralische Zentrum. Hier nahm unsere Initiative ihren Ausgang, hier sind wichtige Innovationen erdacht worden und hier kann jeder die Methoden und Erfolge des baumlosen Bauens in der Stadt besichtigen. Als wesentliches Ergebnis unseres Wirkens hat die Stadt Eberswalde die Bezeichnung Waldstadt abgelegt. Vielen Dank an die Verantwortlichen in Eberswalde für das große Interesse.

Nun gibt es Neues von den Methoden des wurzellosen Untergrundes und des mittleren Köpfens sowie der institutionellen Förderung des baumlos Bauens zu berichten.

Wurzellose Untergründe entstehen aus dem lagenweisen Aufschütten und Verdichten von körnigem, recyceltem Beton. Der wurzellose Untergrund sollte eine Mächtigkeit von 100 cm erreichen. Als unmittelbare Folge bleiben alle darüber gepflanzten Bäume klein und unansehnlich. Das hat die erfolgreiche wissenschaftliche Auswertung unseres fünfundzwanzigjährigen Dauerversuches auf dem Parkplatz vor dem Kaufland bestätigt.

An Landstraßen kann man zunehmend das mittlere Köpfen, eine Kombination aus hohem und niedrigem Köpfen, bestaunen. Dazu sägt man die Krone, vorzugsweise von dicken Straßenbäumen, ab und läßt den mächtigen Stamm vier Wochen stehen. In dieser Zeit können sich die Bäume dafür schämen, daß sie ihr Laub auf unsere schönen Schnellstraßen werfen und immer im Weg stehen, wenn es jemand eilig hat. Das mittlere Köpfen der Straßenbäume trägt sehr anschaulich zur Verbreitung der Methode bei, insbesondere an vielbefahrenen Straßen. Leider dürfen unsere polnischen Freunde, die das mittlere Köpfen bei uns perfektioniert haben, dies in ihrer Heimat nicht ausführen.

Wie jede Straßenverwaltung führt auch die Wasserstraßen- und Schiffsverkehrsverwaltung der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig Baumschauen durch und markiert störende

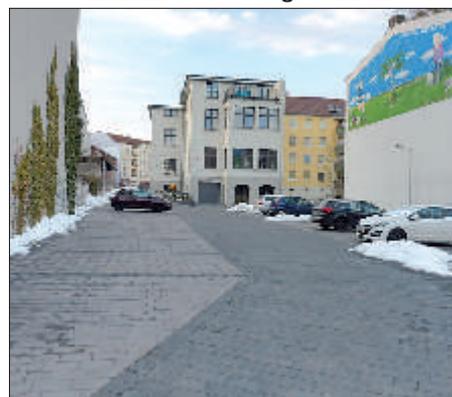


Foto: GERD MARKWANN

Bäume. Danach fordern die fleißigen Mitarbeiter die Grundstückseigentümer amtlich zum Fällen der Bäume auf und besorgen sogar die Fällgenehmigung.

Unsere Initiative bietet regelmäßig Führungen in Eberswalde an, was zur Auslastung des hiesigen Gast- und Beherbergungsgewerbes beiträgt. Sehr erfolgreich ist unser Kurs zum baumlosen Bauen an der Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung. In sämtlichen Verwaltungen im Landkreis Barnim und in der Bundeswasserstraßen- und Schiffsverkehrsverwaltung wirken an maßgeblicher Stelle, fähige Absolventen unseres Kurses.

Nachhaltig baumlos Bauen in der Stadt sowie an den Land- und Wasserstraßen ist zum Alleinstellungsmerkmal der Stadt Eberswalde geworden. Macht weiter so!

LARS ZIEGLER,

Initiative baumlos Bauen in der Stadt (IbBiS)

Verärgerte politische Machtspieler

In unserem Bestreben um einen zusätzlichen Sitz in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung für unsere neue Fraktion siegte letztlich strenge machtegoistische Parteipolitik über menschliche Größe, Wohlwollen und Toleranz.

Es ist für uns unverständlich, daß gerade die gegen unseren Antrag stimmten, die demokratische Mitwirkung und Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben und in ihrer Programmatik verankert haben. Und es freut uns, daß einige Stadtverordnete wie Herr ORTEL (CDU) und Herr TRIELOFF (FDP) das konstruktive Miteinander im Sinne verantwortungsbewußter Mitwirkung aller Beteiligten über parteipolitische Erwägungen stellten. Uns befremdete, daß ein

Stadtverordneter als Gegenargument kleinräumige Rechnereien um die Sitzverteilung einbrachte, statt ein Zeichen gelebter Demokratie zu setzen.

So wurden wir als neue Fraktion zum »Spielball« eines politischen Kräftemessens.

Uns bleiben jedoch als Ansporn und Verpflichtung der Wählerauftrag der Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde und deren kommunalpolitischen Sorgen und Probleme. Ihnen werden wir uns nun nicht minder motiviert als aktive Teilnehmer ohne Stimmrecht in den Ausschüssen und natürlich durch Anfragen und Anträge in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin engagiert widmen.

VIKTOR JEDE und Dr. ILONA PISCHEL,

Bündnis Eberswalde

Stadtverordnete und Antirassismus

»Das Konzept gegen rassistische Diskriminierung braucht einen neuen Ansatz«

Eberswalde (bbp). Im April 2012 hatten die Stadtverordneten einer gemeinsamen Vorlage der Fraktionen »Die Fraktionslosen« und »Bündnis 90/Die Grünen« zugestimmt und den Kulturbeirat der Stadt Eberswalde damit beauftragt, einen Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zu unterbreiten, die sich mit der Erarbeitung eines Antirassismuskonzeptes befassen sollte. »Es scheint«, schreibt Dr. ILONA PISCHEL (Bündnis Eberswalde) im Zusammenhang mit der Kritik der Initiative »Light Me Amadeu« an mangelnder kommunaler Aufmerksamkeit in Eberswalde in Sachen Antirassismus und Antifaschismus, »daß die Stadtverordneten in Verkenning der lediglich beratenden Funktion eines Beirates die Wahrnehmung der eigenen Verantwortlichkeit umgingen«. Dennoch habe sich der Kulturbeirat dieser Aufgabe ohne Widerspruch gestellt. Er bat lediglich um Präzisierung der Zielstellung des Antirassismuskonzeptes in Form einer Präambel oder von Leitlinien. Im Juni 2012 lagen dazu zwei Entwürfe vor. »Eberswalde versteht sich als eine weltoffene Stadt« betitelte das Kulturamt seinen Entwurf. Die Barnimer Kampagne Light me Amadeu überschrieb ihre Präambel mit »Anders ist normal«. Auf dieser Grundlage beschloss die Stadtverordneten im September 2013 eine Präambel für ein zu erarbeitendes Antirassismuskonzept. Der Kulturbeirat, weiter ungerechtfertigt mit der Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Konzepterstellung betraut, konnte trotz ernsthafter Bemühungen keine Mitwirkenden gewinnen. Er bat den Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) deshalb um Präzisierung der Zielstellung der Konzeption. Die Ausschußmitglieder, die eigentlich Verantwortlichen, taten sich damit sehr schwer und kam zu keinen Ergebnissen. Als Dr. Ilona Pischel Mitte 2014 den AKSI als Vorsitzende übernahm, stellte sie die Thematik »Antirassismuskonzept« erneut auf die Tagesordnung.

»Zu diesem Zeitpunkt ging es um die grundsätzliche Frage«, so Dr. Pischel, »ob denn der Kulturbeirat das richtige Gremium zur Erstellung einer so brisanten Konzeption sein könne«. Unter diesem Gesichtspunkt fand im Dezember 2014, organisiert von KAI JAHNS, dem Eberswalder Koordinator für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Eberswalde und der Amadeu-Antonio-Stiftung eine »1. Tagung für ein kommunales Antirassismuskonzept in Eberswalde« statt. Die Bestandsaufnahme, die Entwicklung von Vorschlägen eines Antirassismuskonzeptes und der Schutz gegen rassistische Diskriminierung waren die Themen. Von den Stadtverordneten waren

lediglich KAREN OEHLER (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. ILONA PISCHEL (damals DIE LINKE) anwesend. »Die geringe (An)teilnahme der Volksvertreter«, so Dr. Pischel, »läßt Rückschlüsse auf die Wertigkeit zu, die sie dieser Veranstaltung für ihr kommunalpolitisches Wirken beigemessen haben«.

Folgerichtig titelte die lokale Tageszeitung danach: »Antirassismuskonzept in der Sackgasse«. Der AKSI zog daraus die Erkenntnis, daß die Aufgabenschwerpunkte nunmehr gesetzt seien und es keines gesonderten Konzeptes bedürfe, sondern nunmehr der praktischen Umsetzung. Der Ausschuß erklärte sich bezüglich der Kompetenz der Ausschußmitglieder und des Zeitfaktors außer Stande, eine umfassende theoretische Konzeption zu erarbeiten.

Anfang 2016 verließ Dr. Pischel die Fraktion DIE LINKE und übergab den Ausschußvorsitz an JÜRGEN WOLFF. Seitdem spielte die Thematik eines Antirassismuskonzeptes im AKSI gar keine Rolle mehr.

»Es ist m.E. nicht zu verstehen«, so Dr. Pischel, »daß gerade die DIE LINKE den Ambitionen der Verwaltung zur Ausschußzusammenlegung folgte und mit der Argumentation des zu großen Zeitaufwandes, mangelnder Inhalte und Effizienz« sogar einen entsprechenden Beschlußantrag einbrachten. Erstaunlicherweise fehlt in der Bezeichnung des neuen Ausschusses für »Soziales, Bildung, Kultur und Sport«, vorgeschlagen von der Fraktion DIE LINKE, das Wort »Integration« gänzlich.

»Nomen est omen (lat. Der Name ist ein Zeichen)«, stellt Dr. Ilona Pischel fest. »Antirassismus- und Integrationskonzept als Thematik im Ausschuß wurden Opfer des Argumentes fehlender Zeit und angeblich rationellerer und selektiverer Themenbearbeitung. Die Notwendigkeiten und Prioritäten der gegenwärtigen politischen Diskussion in der kommunalpolitischen Arbeit wurden durch die neue, von der Fraktion DIE LINKE geprägte Ausschußführung verkannt und nunmehr seit Frühjahr 2016 eine 'Light-Version' der Ausschußarbeit als fortschrittlich propagiert. Darin haben tieferegehende konzeptionelle Diskussionen, geschweige denn Erstellungen von Konzepten, wohl kaum noch Platz.

Es ist zu hoffen, daß der nun neu formierte gemeinsame Ausschuß, der jetzt unter SPD-Führung steht, die Brisanz und Wertigkeit kommunaler Ausschußarbeit neu in den Mittelpunkt rückt, genügend Raum gibt, die Schwerpunkte konstruktiv, umfassend und ohne Zeitdruck zu diskutieren und erfolgreich zu optimalen Lösungen – auch im Ringen für Konzepte gegen rassistische Diskriminierung – findet.«

Vier Minuten

Eberswalde (bbp). Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung JÜRGEN WOLFF hat die Zustimmung seiner Fraktion zur Fusionierung von zwei Fachausschüssen in der Kreisparteizeitung »Offene Worte« vom Februar 2017 wie folgt begründet: »So waren die Tagesordnungen beider Ausschüsse regelmäßig so kurz, daß sie trotz Anwohnersprechstunden und ausgedehnter Informationen aus der Stadtverwaltung in ihrer Dauer unter einer Stunde blieben.«

Konkret handelt es sich um die Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) und für Bildung, Jugend und Sport (ABJS). Nach dem Austritt von Dr. ILONA PISCHEL aus der Fraktion DIE LINKE im März 2016 hatte Jürgen Wolff den Vorsitz im AKSI übernommen. Nach dem Tod von WOLFGANG SACHSE, übernahm er auch dessen Funktionen als Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt sowie den Sitz im Hauptausschuß. Binnen eines halben Jahres avancierte Wolff somit zum Multifunktionär der Fraktion. Offensichtlich verfügte die siebenköpfige Fraktion außer ihm über kein geeignetes Personal.

Tatsächlich dauerten drei von sechs der von Wolff geleiteten Sitzungen des AKSI nur eine Stunde – ohne Berücksichtigung des nichtöffentlichen Teils (5.4.16: 1:05 h, 7.6.16: 1:07 h, 5.10.16: 0:55 h). Die anderen drei Sitzungen dauerten länger (3.5.16: 1:57 h, 7.9.16: 2:00 h, 1.11.16: 3:30 h, zur Sitzung vom 29.11.16 liegt bislang keine Niederschrift im Internet-Informationssystem der Stadtverordnetenversammlung vor).

Die öffentlichen Sitzungen des ABJS des gleichen Zeitabschnitts dauerten alle länger (7.4.16: 1:58 h, 11.5.16: 1:55 h, 9.6.16: 3:00 h, 8.9.16: 1:20 h, 6.10.16: 2:20 h, 3.11.16: 2:50 h, 7.12.16: 2:25 h).

Einen Guinness-Buch-verdächtigen Rekord bezüglich der Kürze legte zwischenzeitlich der Ausschuß für Haushalt und Finanzen des Barnimer Kreistages (A2) mit seiner Sitzung am 19. Januar 2017 hin. Die Sitzung umfaßte sieben Tagesordnungspunkte und verzeichnete immerhin vier protokollierte Wortmeldungen zu einzelnen Punkten. Laut Niederschrift dauerte die Sitzung vier Minuten (Beginn: 18:03 Uhr, Ende: 18:07 Uhr). Über Absichten, deshalb die Zahl der Kreistagsausschüsse zu reduzieren, liegen keine Informationen vor.

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Surreal

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Quellen auf allen Kanälen ununterbrochen behauptet wird, steht der Untergang des Abendlandes kurz bevor. Es passieren ständig lauter schreckliche Sachen.

Weil die Zinsen so niedrig sind, können sich viele Menschen ihren Wunsch nach einer eigenen Wohnung oder einem kleinen Häuschen erfüllen. An allen Ecken und Enden wird gebaut. Hier entsteht ein neuer Einkaufsmarkt und dort werden alte Straßen modernisiert. Der Staat macht keine Schulden mehr. Es gibt für alle genug und gute Sachen zu essen. Fast jeder, der will, hat eine Arbeit. Es gilt der Mindestlohn. Atomkraftwerke werden abgeschaltet, die Renten erhöht und Heizöl und Benzin werden billiger. Die Russen und US-Amerikaner lassen uns in Ruhe, weil sie mit sich zu tun haben. Man kann in Europa ohne Paß und Visa reisen, wann und wohin man will.

Und damit nicht genug. Die Inflation ist zum Erliegen gekommen. Fremde finden unser Land so gut, daß sie in Scharen zu uns kommen, um für uns zu arbeiten. Fast jeder Zweite kann studieren. Langweilige und schwere Arbeiten werden zunehmend von Maschinen übernommen.

So sieht Fortschritt aus. Die Menschen werden immer klüger und wissen mehr über sich und andere. Es gibt weniger Verkehrstote, weil die Autofahrer vorsichtiger fahren und Autos nicht nur teurer, sondern auch sicherer werden. Die Jungs hauen sich nicht mehr so viel und lösen Konflikte durch Argumente. Die Menschen achten besser auf sich und leben länger.

Tatsächlich stößt kapitalistisches Wirtschaftswachstum zunehmend an seine natürlichen Grenzen. Immer höhere Kapitale erbringen immer geringere Profite. Als unmittelbare Folge bekommen Anleger kaum noch Zinsen für ihr Geld. Wie schrecklich das ist, wenn reiche Geldbesitzer nicht automatisch immer reicher werden, kann man in jeder Zeitung lesen.

Kapitalisten rationalisieren, was sie können, um überhaupt noch Profit zu machen. Dadurch verändern sich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsverhältnisse rasant. Immer mehr Tätigkeiten in Produktion und Verwaltung, Informationsverarbeitung und Dienstleistung werden überflüssig.

Geistig Schaffende in Verwaltung, Kunst und Kultur, Informationsverarbeitung und bei der Obrigkeit erkennen Ihre Entbehrlichkeit vor allen anderen. Kein Wunder, daß diese die guten alten Zeiten, als das Wort eines Redakteurs, Beamten, Amtsleiters, Künstlers, Stiftungsvorstandes, Geheimrates und Schwätzers noch etwas galt, zurückhaben wollen. Sie schreiben und tönen Zeter und Mordio, berichten vom Weltuntergang, vergifteten Weltmeeren, verseuchten Böden und dem Weltuntergang. Man kann ihre Angst sogar riechen.

Die können sie für sich behalten.

Dr. MANFRED PFAFF

Finger weg von den Stromnetzen

Kommunale E.DIS-Aktionäre kritisieren Barnimer Kreiswerke

Eberswalde (bbp). In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die kommunalen Anteilseigner am regionalen Energieversorger E.DIS AG an die Abgeordneten des Kreistages Barnim gewandt, um ihre Ablehnung zum Alleingang des Landkreises Barnim kundzutun, der sich mit der Gründung der Barnimer Kreiswerke aus der kommunalen Solidargemeinschaft verabschiedet habe. Die Unterzeichner, vier Anteilseignergemeinschaften aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, vertreten 95 % der kommunalen Anteilseigner, die über 29 % der E.DIS-Aktien verfügen.

Laut Kreistagsbeschluss vom 15. Juni 2016 sollen sich die Kreiswerke vorrangig im Bereich der Energie betätigen. Im Zentrum soll die Übernahme örtlicher Strom-Verteilnetze im Landkreis Barnim mit Ausnahme des Verteilnetzes der Stadt Bernau stehen. Vor allem dies sehen die kommunalen Anteilseigner mit Sorge. »Der Landkreis Barnim verstößt damit gravierend gegen das kommunale Solidarprinzip und nimmt billigend in Kauf, daß Städte und Gemeinden im Landkreis und darüber hinaus in ganz Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Schaden erleiden.« Der Landkreis ignoriere die »Ergebnisse des 1992 vor dem Bundesverfassungsgericht Karlsruhe vollzogenen Stromvergleichs. Die vom höchsten deutschen Gericht verbriefte Option, daß sich ostdeutsche Kommunen im Zuge der Rückgabe ihres Stromvermögens für die Beteiligung an einem Regionalversorger oder die Grün-

dung eines Stadtwerkes entscheiden können, wird damit grundlegend konterkariert.« Die damals etablierten Strukturen garantierten fast ein Vierteljahrhundert lang das Funktionieren des Solidarprinzips zwischen strukturstärkeren und strukturschwachen Regionen. »Im Ergebnis konnten über diesen langen Zeitraum hohe Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Preise gewährleistet werden. Davon profitieren alle Kommunen, unabhängig davon, ob sie an regionalen Energieversorgern beteiligt sind oder nicht.«

Gegenstand der Begehlichkeiten der Kreiswerke, so vermuten die kommunalen E.DIS-Aktionäre, seien nicht Netze mit wenigen Kunden am östlichen Rand des Landkreises, sondern Infrastrukturen im Speckgürtel zu Berlin. Durch solche »Rosinenpickerei« würden die »im Prinzip gleichbleibenden Kosten für die Netz-Infrastruktur auf immer weniger Bürger umgelegt. Die Folge: Die Strompreise in strukturschwachen Regionen – diese sind regelmäßig auch einkommensschwach – würden steigen.« Solche Konsequenzen nehme der Landkreis bewußt in Kauf. »Besonders fragwürdig ist das auch deshalb, weil die Kreiswerke finanziell sehr gut ausgestattet sind. Die wichtigste Finanzierungsquelle ist die Kreisumlage. Solidarisch generierte Einnahmen werden also für eine unsolidarische wirtschaftliche Ausrichtung der Kreiswerke genutzt.«

Die kommunalen Anteilseigner fordern »ausdrücklich, daß die Kreiswerke darauf verzichten, lokale Stromverteilstellen zu akquirieren.«

Wie die Axt im Walde

Entgegen der Ablehnung der anerkannten Naturschutzverbände zur Fällung der Bäume in der Goethestraße in Neu-Buch hat die Gemeinde Panketal den Auftrag erteilt, die Goethestraße in Neu-Buch, die im neuen Landschaftsplan bereits als schützenswerte Baumallee ausgewiesen ist, zu zerstören.

Seit dem 13.12.2016 wurden von den 114 Bäumen und Baumarten in der Goethestraße bisher 37 Bäume, darunter alte Linden, gefällt und es sind noch weitere Bäume zur Fällung vorgesehen.

Wer die Goethestraße kennt, weiß, daß vor allem im letzten Sommer und Herbst die Straße sich wie ein grüner Dschungel auf ihre 720 m Länge zog. Es brummte und summte nur so in den alten Linden. Abends haben wir die Fledermäuse bewundert, die aus ihren Baumquartieren ausflogen, tagsüber unser Bussardpaar mit seinen Jungen, das sich hier und im an der Goethestraße anliegenden Biotop so wohl fühlt, daß es schon seit vielen Jahren hier ansässig ist. Im Winter verzauberte uns die Artenvielfalt unserer Singvögel. Dies alles wird nun bald vorbei sein, denn die Tiere werden sich mehr und mehr zurückziehen. Und wir

werden im Sommer den kühlenden Schatten vermissen, den die alten großen Linden spendeten.

Und dies alles für einen überdimensionierten Straßenbau, den die Gemeinde unbedingt durchziehen will, gegen den Willen der Anwohner und Bürger im Wohngebiet.

Nicht einmal vor dem unter Schutz stehenden Biotop hat die Gemeinde halt gemacht. So wurden vom 24.-26.01.2017 im Biotop Bäume gefällt, ein Rückschnitt von Pflanzen erfolgte, ein Radlader be- und zerfuhr Teile des Biotops, Feuer wurden entfacht, um gerodete Bäume und Pflanzen zu verbrennen.

Alle Fällarbeiten erfolgten ohne Artenschutzgutachter, obwohl dies eine Maßgabe der Unteren Naturschutzbehörde war.

Dies stellt Verstöße gegen das Bundesnaturschutzgesetz, die Bundesartenschutzverordnung sowie die Barnimer Baumschutzverordnung dar und übersteigt nunmehr nur Ordnungswidrigkeiten.

Liebe Gemeinde Panketal, was haben Sie sich dabei gedacht?

LIANE REINECKE,

Sprecherin der Bürger-Initiative Neu-Buch

Überdimensionierter Netzausbau



FOTO: GERD MARHANN

Stellungnahme der Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat! zum Netzentwicklungsplan Strom 2030 der Übertragungsnetzbetreiber

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben schon vor Wochen den ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2030 veröffentlicht und am 14. Februar 2017 alle Interessierten zu einer Diskussion in die Jerusalemkirche in Berlin eingeladen.

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« hat sich in diesem Jahr wie in den Jahren 2012 und 2014 an der Diskussion beteiligt und eine eigene Stellungnahme eingereicht. (Der gesamte Text der Stellungnahme ist auf der Homepage der BI www.trassenfrei.de abrufbar.)

Die ÜNB haben, hier durchaus Kritik aus früheren Runden aufgreifend, drei verschiedene Varianten der Netzplanentwicklung präsentiert, ein konservatives Szenario A (Ausbauziel: 11.400 km) und zwei ehrgeizigere Szenarien B und C (Ausbauziel: 12.000 km bzw. 12.300 km). Allen Varianten ist gemein, daß sie davon ausgehen, daß bis zum Jahre 2030 im Gesamtnetz 2.900 km Hochspannungsgleichstromleitungen (HGÜ) errichtet werden. Das angestrebte 380kV-Drehstromnetz für das Jahr 2030 übertrifft alle bisherige Planung was die Länge und Engmaschigkeit des Netzes angeht (zwischen 8.500 km Szenario A und 9.400 km Szenario C; NEP 2030 S. 101). Weder der Einsatz von übertragungsstarken HGÜ-Leitungen, noch die Berücksichtigung einer Kappung von Leistungsspitzen (3%) führen, wenn man den ÜNB folgt, zu einer Reduktion des Ausbaubedarfs im milliardenteuren Drehstromnetz.

Die spezifischen Chancen der erneuerbaren Energien, Strom dort zu produzieren, wo er benötigt wird, also dezentrale Lösungen der Produktion und Verteilung zu ermöglichen, werden im NEP 2030 ausgeblendet.

Die BI zieht folgende Schlussfolgerung

1. Die von den ÜNB vorgelegte Planung des Netzausbaus ist seit Anfang an durch die konzeptionelle Verengung der Netzplanung auf die Konservierung zentralistischer Strukturen geprägt. Folglich ist die Ausblendung des den erneuerbaren Energien eigenen Potentials zum

dezentralen Strukturwandel die zentrale Schwäche auch des NEP 2030.

2. Das Startnetz setzt die Realisierung aktuell höchst umstrittener Freileitungsprojekte (z.B. »Uckermarkleitung«, durch Urteil des BVerwG vom 21.1.2016 gestoppt) voraus und ignoriert die Kritik an diesen Planungen.

3. Der Einsatz von vier Hochspannungsgleichstromübertragungssystemen sollte dazu führen, daß der Netzausbaubedarf im 380kV-Drehstromsystem vermindert werden kann. Dies ist im NEP 2030 nicht vorgesehen.

4. Statt dessen präsentieren die ÜNB ein Konzept eines überdimensionierten Netzausbaus, dessen Auswirkungen auf die Umwelt nicht thematisiert werden. Umweltverträglichkeit von großen Infrastrukturprojekten ist immer zweifelhaft. Sie ist im Interesse der Allgemeinheit stets nachzuweisen.

5. Ein mittelfristig angelegter Netzentwicklungsplan sollte auch Impulse für innovative technische Lösungen vermitteln und für neue Lösungen offen und damit zukunftsfähig sein. Davon kann auch beim NEP 2030 keine Rede sein.

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« hält an ihrer mit Blick auf den NEP 2012 und NEP 2014 formulierten Kritik an der Netzplanung fest, denn der NEP 2030 forciert die Tendenz zur Überdimensionierung des Netzes. Dieser überdimensionierte Netzausbau ist weder wirtschaftlich vertretbar, noch umweltverträglich und verstößt damit gegen zwei wichtige Prinzipien, die erfüllt sein müssen, wenn ein Leitungsbau genehmigungsfähig sein soll.

Die Bürgerinitiative lehnt daher den NEP 2030 in seiner Gesamtheit ab. Sie kann der Bundesnetzagentur nur empfehlen, den NEP 2030 zu verwerfen und damit dem Gesetzgeber die Chance zu geben, die Konstruktion eines zukunftsfähigen Bundesnetzplanes in unabhängige Hände zu legen.

HARTMUT LINDNER, BI »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!«

Alliander gibt auf

Eberswalde (bbp). »Wir sehen aufgrund der seit 2013 geführten Verhandlungsgespräche keine reelle Chance mehr, das Netz vom Altkonzessionär übernehmen zu können.« Diese Mitteilung der ALLIANDER AG erreichte im Januar den Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI.

Als vor fünf Jahren die Konzessionen für die Wegenutzungsrechte der Energieversorger neu verteilt wurden, hatte die ALLIANDER AG beim Gas die Nase vorn. Im März 2013 wurde der Konzessionsvertrag zum Gasnetz zwischen der Stadt Eberswalde und der ALLIANDER AG geschlossen. Die Stadtverordneten hatten sich damals gegen den ausdrücklichen Verwaltungswillen für den Gasnetzbetreiber aus den Niederlanden entschieden, weil dieser als Zusammenschluß niederländischer Kommunen eine künftige Beteiligung der Stadt Eberswalde an der Betreibung des Gasnetzes ausdrücklich nicht ausgeschlossen hatte. Die Übernahme der Netze waren der erklärte Wille der Stadtverordneten. Die Stadtverwaltung hatte von Anfang an dagegen gearbeitet und die Beibehaltung der bisherigen Konzessionäre sowohl beim Strom als auch beim Gas im Sinn.

Nun wirft ALLIANDER das Handtuch. Auch nach vier Jahren gelang es den Niederländern nicht, das Eberswalder Gasnetz tatsächlich zu übernehmen. Die seit 2013 mit dem Alt-Betreiber EWE geführten Gespräche blieben erfolglos. Zunächst war es die technisch schwierige Entflechtung des städtischen Gasnetzes aus dem EWE-Verbundnetz und schließlich die unklare Rechtsprechung zum Kaufpreis und der damit korrespondierenden Übertragung der Erlösobergrenze. Letztere, so ALLIANDER, ist für einen wirtschaftlichen Netzbetrieb essentiell.

Alliander konnte auch alle anderen in Brandenburg gewonnenen Konzessionen (Hennigsdorf, Brieselang, Dallgow-Döberitz, Wustermark und Mühlenbecker Land) nicht erfolgreich übernehmen, »da alle Klagen auf Herausgabe des jeweiligen Netzes seitens des Landgerichtes Postdam abgewiesen wurden.« Daraufhin hat die Alliander AG ihren strategischen Fokus in der BRD »inzwischen vom Wachstum durch Konzessionen hin zu einem Systemhaus digitaler Lösungen weiterentwickelt.« Mit anderen Worten: Alliander gibt auf. Es bietet sich daher an, heißt es in dem Schreiben an den Eberswalder Bürgermeister, »die Rechte und Pflichten der Alliander AG aus dem Wegenutzungsvertrag Gas auf die Altkonzessionärin zu übertragen.« Wenig überraschend kamen von der EWE Netz GmbH »positive Signale«. Damit würde der derzeitige tatsächliche Zustand, so Alliander, »mit der rechtlichen Sachlage wieder übereinstimmen«.

Gemäß § 15 des Wegenutzungsvertrages Gas bedarf die Übertragung an einen Dritten der Zustimmung der Stadt Eberswalde. Die entsprechende Entscheidung obliegt der Stadtverordnetenversammlung. Für die fachliche Debatte war bis Dezember 2016 der Ausschuß für Energiewirtschaft zuständig.

Als die Eberswalder Stadtverordneten auf Drängen des Bürgermeisters vor einem Jahr einen Nachtragshaushalt in Höhe von 100.000 Euro zur Finanzierung eines Gutachtens zur Übernahme des Finowkanals bzw. der Schleusen in kommunale Trägerschaft beschlossen, spielte es keine Rolle, daß bereits mehrere gute Studien vorlagen, welche die Wirtschaftlichkeit und die Kosten beleuchten. Darunter beispielsweise eine von der Firma »Projekt M«, die auch vom Landkreis Barnim anerkannt ist. In diese Studie waren auch Teile (insbesondere zur Gesellschaftsform) durch das renommierte Büro DR. HEILMAIER & COLLEGEN aus Krefeld gegen gutes Geld eingeflossen.

Offensichtlich haben die Ergebnisse dieser Studien nicht das gewünschte Format, sodaß man eine stattliche Summe zum Fenster herauswerfen muß, um ein Ergebnis zu bekommen, was in den Kram paßt. Keine unbekannt Vorgehensweise in Eberswalde: Siehe Touris- muskonzeption...

Bürgermeister Friedhelm Boginski durfte am 18. Januar zur Mitgliederversammlung der Initiative »Unser Finowkanal« als Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Finowkanal eine Rede halten. Der Bund übernehme nun die »wahren« 50 Prozent der Kosten des Schleusenumbaus, sagte er. Das sei ein Erfolg seiner harten Verhandlungen.

Tatsächlich steht im Haushaltsvermerk des Bundes von Anfang an etwas von 50 Prozent ohne Bezugsgröße. Also schon immer 50 Prozent der GESAMTEN Sanierungskosten! Da fragt man sich, was daran Erfolg »harter Verhandlung« sein soll.

Das mit den Fördermitteln werde schwierig, sagte Boginski weiter. Auf das Stadt-Umland-Konzept hätten sich gefühlt 60 Kommunen be-

Die »wahren« fünfzig Prozent

worben und nur wenige, u.a. Eberswalde, haben den Zuschlag bekommen. Diese Fördermittel seien aber nur sehr schlecht in die Finanzierung des Finowkanals zu bekommen.

Oha – man hätte sich auch mit einem Finowkanal-Konzept am Stadt-Umland-Wettbewerb beteiligen können und hätte auch gewonnen. Wurde doch gerade das KAG-Konstrukt am Finowkanal als Beispiel vom Land Brandenburg präferiert.

Das war aber nicht gewollt, das hätte dem Finowkanal eine andere regionale Dimension gegeben. Nun sind Projekte mit Bezug auf den Finowkanal in lächerlicher Anzahl und minimaler Finanzierung dabei. Projekte unter vielen. Es gab darüber hinaus eine eindeutige Weichenstellung durch den Landkreis Barnim und die Kommunalgemeinschaft Pommerania, Mittel von INTERREG für den Wassertourismus zu nutzen. Dazu hätte man aber mit polnischen Partnern zusammenarbeiten müssen... Zu kompliziert für die Strategen.

Bei der bisherigen Debatte ums liebe Geld ging es immer nach folgender Rechnung: Übernahme der Schleusen, Sanierung von zehn Schleusen = rund 28 Mio, davon übernimmt der Bund 50 Prozent = 14 Mio. Die restlichen 14 Mio werden zu 80 Prozent gefördert, so daß nur noch 2,8 Mio übrigbleiben. Davon bezahlt der Landkreis pro Jahr (über 3 Jahre) 500.000 = 1,5 Mio Euro, bleibt also ein Rest von 1,3 Mio für die Kommunen. Geht man davon aus, daß Eberswalde rund 67 % der KAG trägt, wären das: 871.000 Euro...

Wenn das noch Bestand hätte, würde der Bürgermeister das weiter stolz verkünden.

Statt dessen ist nur die Rede von den 50 Prozent, inzwischen die »wahren 50 Prozent« und daß der Bund doch vorfinanziert. Welch ein Fortschritt! Wo doch bei der 75-Mio-Variante die Knete sofort und im Stück auf dem Tisch gelegen hätte...

Inzwischen hat der Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung ein paar Fakten ans Licht gelassen. Allerdings reicht die vorgelegte Aufstellung nur bis zum Jahr 2021. Bis dahin laufen Bau- und Planungskosten in Höhe von 18,3 Mio Euro auf. Etwas mehr als die Hälfte der veranschlagten Gesamtkosten. Dadurch sieht es nicht ganz so bedrohlich aus, was an Kosten auf die Kommunen zukommt. Denn für die Jahre 2019 und 2020 wird mit einer Förderung aus dem Fonds »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) gerechnet. Hier ist eine 30-Prozent-Förderung veranschlagt – statt 80 Prozent und das für nur 2 Jahre statt insgesamt.

Das verwundert nicht, da die EU-Förderperiode 2020 endet und man mit etwas Glück bis 2021 noch Geld ausgeben darf. Danach werden die Kommunen bei der Sanierung der Schleusen voll zu 50 Prozent mitfinanzieren müssen. Die Zeitleiste der Projekte ist mittlerweile so weit nach hinten gerutscht, daß es sehr fraglich wird, wieviel Förderung überhaupt für die Schleusensanierung genutzt werden kann.

Das Ganze wirkt wie das Pfeifen im Wald. Wir tun ja was für den Finowkanal, aber wir wissen, daß es nichts wird. Hauptsache wir sind in der kritischen Öffentlichkeit nicht schuld am Dilemma.

FRIEDRICH ZWOO

Finowkanal: Der Bund ist in der Pflicht

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen lag am 9. Februar ein Antrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde vor, »den Auftrag zur juristischen und betriebswirtschaftlich organisatorischen Begleitung der Angebote des Bundes zur Eigentumsübertragung des Finowkanals bzw. der Schleusen« zu stornieren. ALBRECHT TRILLER vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde nutzte die Gelegenheit für eine Einwohnerfrage.

diese dann den Verlust einfahren. Letztlich muß der Bund den Finanzbedarf der Kommunen sichern und über die Staatshaftung auch für die Verluste der Kommunen einstehen?

3. Wenn nun Hoffnungen darauf gesetzt werden, daß der Finowkanal in kommunaler Hand zum Aufschwung des Tourismus und damit zur Entwicklung der Region beiträgt, ergibt sich die Frage, wozu es dazu eines Eigentumswechsels bedarf?

4. Warum hat der Finowkanal unter Verantwortung des Bundes nicht bisher schon einen Aufschwung des Tourismus bewirkt?

Seitdem auf dem Finowkanal keine Güter mehr transportiert werden, antwortete Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König, sei die entsprechende hoheitliche Aufgabe des Bundes entfallen. Daher beabsichtige der seinen Rückzug. Damit würden auch die Aufgaben des Denk-

malschutzes für die Schleusen entfallen und eine touristische Nutzung mit motorisiertem Schiffsverkehr unmöglich werden. Der Bund habe daher verschiedene Angebote gemacht. Er wolle nicht verkaufen, sondern den Kanal übertragen und noch Geld dazu geben. Der Bund würde sich dann auf bestimmte Aufgaben konzentrieren. »Wenn Sie«, so Dr. König an die Ausschlußmitglieder, »weiter motorisierten Schiffsverkehr haben wollen, dann braucht es den Eigentumswechsel«.

Zur vierten Frage sagte der Amtsleiter, daß es am Eigentümer hänge, welche Aufgaben er zuläßt. Dazu gab es mehrere Gespräche mit verschiedensten Inhalten und auf den unterschiedlichsten Ebenen. Die Stadtverwaltung habe immer informiert, wobei Dr. König auf die Pressemitteilung zur »finalen Phase« hinwies.

Im Stadtgebiet Eberswalde, so Triller, sei der Finowkanal einschließlich der Schleusen »als technisches Denkmal in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen. Damit sind entsprechende Pflichten verbunden, die der Grundstückseigentümer zu erfüllen hat. Eigentümer ist die Bundesrepublik. Nunmehr ist der Verkauf des Finowkanals an die Stadt, bzw. an eine KAG in der Diskussion.« Der Bund dürfe nicht von seiner Verantwortung für die denkmalgeschützte Wasserstraße befreit werden. Vielmehr sei zu fordern, »daß durch den Bund der Schutz, die Verbesserung und Sanierung des Finowkanals gewährleistet wird... Herr Boginski möchte ich an dieser Stelle in seinen Zweifeln an der Sinnfälligkeit der Übernahme des Finowkanals (MOZ, 8.2.2017) ausdrücklich bestärken.« Erfülle der Bund seine Pflichten zum Erhalt des Finowkanals, steht dessen touristischer Nutzung nichts im Wege.« Die Fragen von Albrecht Triller lauteten: »1. Warum will der Bund den Finowkanal verkaufen? Will er damit nicht in erster Linie die Pflichten und die damit verbundenen Belastungen des technischen Denkmals loswerden?

2. Was gewinnt der Bund, wenn er einen Verlustbringer an die Kommunen vor Ort verkauft und

Enge Kontakte nach Polen

Die Initiative Unser Finowkanal e.V. unterhält seit 2014 enge Beziehungen zu der Stadt Bydgoszcz (Bromberg). Diese Stadt hat mit ihrem Bromberger Kanal eine historische Verbindung zu unserer Region am Finowkanal. Beide gehen auf die Vision Friedrichs des Großen zurück, der mit einer durchgängigen Binnenwasserstraße von Berlin bis in das damalige Ostpreußen eine Verkehrsverbindung für den Transport von Floßholz und anderen Gütern herstellte. Beide Kanäle sind im jeweiligen Land die ältesten Wasserstraßen, die heute noch in Betrieb sind.

Die dortige Stadtverwaltung empfing im Juni 2015 eine Delegation unserer Initiative zu einem Gedankenaustausch, der mittlerweile zu einer fruchtbaren und stabilen Beziehung ausgestaltet wurde. Ein Gegenbesuch mehrerer Mitglieder der Stadtverwaltung von Bydgoszcz erfolgte anlässlich unseres zweiten Hafenfestes an der Finowkanalpromenade in Eberswalde im April 2016.

Außer mit der Stadtverwaltung von Bydgoszcz besteht eine enge Verbindung zur Universität Kazimierz Wielki in Bydgoszcz, der mit 25.000 Studierenden größeren der beiden dortigen Universitäten. Für die Teilnahme an unserem offiziellen Besuch in der polnischen Kanal-Schwesterstadt konnten wir auch die HNE-Dozentin Dr. Jana Chmielewski gewinnen, die, soweit ich informiert bin, inzwischen eine akademische Zusammenarbeit mit der Uni in Bydgoszcz unterhält.

Für eine Ausstellung in Polen ließen wir die existierende Finowkanalausstellung 2016 ins Polnische (und Englische) übersetzen. Diese Ausstellung wurde ab Februar 2016 an verschiedenen Orten in Bydgoszcz gezeigt. Die Eröffnung fand – ebenfalls unter aktiver Beteiligung der Bromberger Stadtverwaltung – auf dem zentral in der Stadt liegenden Kulturmaßkahn Lemara statt. Anschließend wurde sie im Rathaus der Stadt und in der Uni gezeigt; ihr letzter Standort war im April das Kanalmuseum der Stadt Bydgoszcz. Wir sind mit weiteren polnischen Städten im Gespräch, um die Ausstellung auch anderswo in Polen zu zeigen.

Die Initiative Unser Finowkanal ist wie das hier von uns gegründete Netzwerk Deutsche Wasserwege (N:DW) Mitglied beim internationalen Kanal-Netzwerk Inland Waterways International (IWI). IWI richtet unter anderem die jährlichen Weltkanalkonferenzen (WCC) aus, die seit 1988 in verschiedenen Ländern der Welt stattfinden, jedoch noch nie bisher in Deutschland oder Polen. Aufgrund der musterhaft inwertgesetzten wassertouristischen Infrastruktur der Stadt Bydgoszcz hielt ich eine Bewerbung dieser Stadt als Ausrichter einer künftigen Weltkanalkonferenz für aussichtsreich und vermittelte die Teilnahme von Vertretern der Stadt an der Weltkanalkonferenz im vergangenen September im schottischen Inverness. Die Stadt verschaffte sich so auf Veranlassung des Stadtpräsidenten ein Bild vom Rahmen, Inhalt und Umfang einer solchen



Weltkanalkonferenz. Ich konnte dort unter anderem für Bydgoszcz ein Gespräch mit dem IWI-Präsidium erwirken, mit dem ich selber sehr eng zusammenarbeite.

Während der Teilnahme an einer Wassertourismuskonferenz im polnischen Zielona Góra lernte ich den Vorsitzenden des Vereins Port Gorzów, Lukasz Burak, kennen, der mir durch ein interessantes Referat aufgefallen war. In der Folge besuchten wir die Stadt Gorzów Wielkopolski (Landsberg an der Warthe) und vereinbarten eine Kooperation mit dem dortigen Verein. Dieser Verein hat durch eine vorbildliche Kooperation mit der Stadtverwaltung den seit der politischen Wende brach liegenden Werfthafen übernehmen können und finanziert sich durch die Verpachtung einiger der durch verschiedene Werftbetriebe genutzten Hallen. Die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verein ermöglichen der Initiative auch den Unterhalt und Betrieb des ältesten noch fahrenden historischen Eisbrechers Polens, der KUNA, mit der wir gemeinsam mit Mitgliedern von Port Gorzów im Frühjahr 2017 eine Fahrt auf der Warte unternehmen werden (siehe Foto).

Es besteht ferner ein Erstkontakt mit dem Heimatmuseum der Stadt Gorzów, den wir noch ausbauen wollen. Ich habe bei verschiedene Anlässen darauf hingewirkt, daß die historische Wasserstraße zwischen Berlin und Klaipeda (Memel) in ihrer Gesamtheit publiziert und touristisch verwertet werden soll.

Während Polen bereits seit einigen Jahren mit hervorragendem Informationsmaterial in mehreren Sprachen – darunter deutsch – die heute »Internationale Wasserstraße E70« genannte historische Verbindung bewirbt und selbst die russische Enklave Kaliningrad die E70 benennt, ist diese Bezeichnung in Deutschland noch nicht gebräuchlich.

Nun erreichte unsere Initiative kürzlich die Einladung der Wojewodschaft Kujawien-Pommern in Torun, uns an einem Vorbereitungsprojekt (Seed Money Baltic Sea Region) für einen späteren Interreg-Antrag zu beteiligen. Wir sind nun der deutsche Partner dieses EU-Projekts; Litauen und Rußland (Kaliningrad) beteiligen sich als dritter und vierter Partner. Ziel des Projektes ist das länderübergreifende Tourismusmanagement entlang dieser historischen Wasserstraße. Bislang fehlen Informationsangebote für Wassertouristen, die gern in das andere Land fahren wollen. Wir möchten künftig auch die Länder westlich von uns beteiligen, denn die E70 ist mit dem Finowkanal als Mittelstück eine der auch politisch interessanten durchgängig auf dem Wasserweg zu befahrende touristische Verkehrsrouten Europas.

Für uns ist eine enge Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn selbstverständlich und unabdingbar. Diese Zusammenarbeit haben wir durch die Mitglieder unserer Initiative innerhalb der letzten zwei Jahre herstellen und ausbauen können. Durch den von mir ebenfalls geleiteten Solarbootverein Berlin-Brandenburg e.V. existiert zudem seit 2011 eine Zusammenarbeit und Freundschaft mit Solarbootpartnern an der TU Gdansk und in Gdynia; zurzeit arbeiten wir zusammen mit dem russischen Solarbootverband Russian Solar an einer gemeinsamen Solarbootregatta in Kaliningrad. Ein Team aus St. Petersburg nimmt schon regelmäßig an einer unserer jährlich drei Solarbootregatten teil.

Fatal wäre es, wenn sich die hiesigen Neinsager und Bedenkenträger durchsetzen würden, und wenn sie ausgerechnet während des Aufbaus der nachbarlicher Beziehungen mit Polen das Finowkanalprojekt zu Fall bringen würden. Für die E70 ist der Verlust zu verschmerzen, da die Bootstouristen mit dem touristisch unattraktiven Oder-Havel-Kanal eine Alternative haben. Katastrophal wäre dieses Scheitern für die Finowkanalregion, die damit endgültig jede Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklung, Zuzug und neue Arbeitsplätze begraben dürfte.

Die meisten unserer Aktivitäten im Zusammenhang mit Polen sind übrigens der Eberswalder Stadtverwaltung bekannt, fanden aber im Bericht des Bürgermeisters und KAG-Vorsitzenden Friedhelm Boginski keinerlei Erwähnung.

Stellungnahme des Kulturbeirates zum Finowkanal:

Tourismus ist auch ohne Schleusenbetrieb möglich

Der Finowkanal ist historisch betrachtet die Lebensader Eberswaldes und begründete den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt. Daher ist es wichtig, sich genau zu überlegen, wie wir mit diesem Denkmal der Entwicklung unserer Region weiter verfahren. Wir als Kulturbeirat lesen aus den uns vorliegenden aktuellen Zahlen und unseren Erfahrungen mit dem Finowkanal, daß dieser v.a. als Naherholungsstätte sehr gern genutzt wird, jedoch kaum wirtschaftliche Relevanz für den Tourismus hat. Die Anzahl von Booten, die den Kanal als Wasserstraße nutzen, ist sehr gering und eine deutliche Steigerung scheint eher unwahrscheinlich. Unter Berücksichtigung der hohen Kosten für die Unterhaltung und der auslaufenden Unterstützung durch den Bund, denken wir, daß wir einen neuen Umgang mit unserem kulturhistorischen Erbe finden sollten.

Uns scheint ein neues Nutzungskonzept angebracht, das nicht den vollständigen Betrieb des Finowkanals weiter vorsieht, sondern einen punktuellen Erhalt als Denkmal anstrebt. Als Alternative für die Motorschiffahrt sollte der Oder-Havel-Kanal in den Fokus rücken, auch da dieser erst kürzlich umfassend erneuert

und ausgebaut wurde. Der Finowkanal kann seine Funktion, als Naherholungsstätte auch ohne den Betrieb der Schleusen erfüllen, da sich für Radfahrer, Wanderer, Badegäste, Angler etc. nichts ändert. Für Kanus, Kajaks und Ähnliches bedeutet dies eine vertretbare Einschränkung, da praktische und wartungsarme Entnahme- und Einsatzstellen für Kanus geschaffen werden können. Dies ist wahrscheinlich deutlich günstiger, vor allem wenn man betrachtet, wie hoch die Kosten für den Betrieb der Schleusen im Vergleich zu der geringen Nutzung sind. Außerdem kann der Kanal auch weiterhin in den Bereichen zwischen den Schleusen für Tagesausflüge durch Touristen und Sportpaddler uneingeschränkt genutzt werden.

Der Kulturbeirat legt auch Wert darauf, daß das kulturhistorische Erbe des Finowkanals durchaus erlebbar bleiben sollte, jedoch ist dies als Gesamtensemble aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da der finanzielle Aufwand zu groß ist. Daher wollen wir dazu anregen, die Geschichte des Kanals in einem musealen Sinn punktuell zu erhalten, wobei es durchaus denkbar wäre, z.B. am Familiengarten, eine

voll funktionsfähige Schleuse als historisches Anschauungsobjekt und Attraktion weiterzubetreiben.

Hier könnte diese Fokussierung für ein erhöhtes Interesse sorgen. Wir befürworten die Ideen aus dem Forum zum Familiengarten, die Industriekultur am Finowkanal besser sichtbar und erlebbar zu machen.

Der Kanal als Ganzes sollte zukünftig aus unserer Sicht eher als landschaftliches Gewässer für die Freizeitgestaltung gesehen werden und eher nicht einem wirtschaftlichem Betrieb dienen. Somit erscheint eine tendenzielle Renaturierung (des Flusses Finow) als realistische Perspektive mit großem Wert für die Lebensqualität der Stadt. Wir sehen das Ende der durchgängigen Schiffbarkeit des Finowkanals nicht als Absage an den Tourismus der Region, da das Gewässer und der Radweg weiterhin attraktive Ziele und Wege sind, die erhalten bleiben. Eine Weiterentwicklung und Stärkung des Radtourismus ist hier eine starke Perspektive, die bei geringem Einsatz gute Entwicklungschancen verspricht.

TIM ALTRICHTER
im Auftrag des Kulturbeirates

Auf ein Wort

Da geht es doch tatsächlich hoch her in diesen Tagen, wenn es um den Finowkanal geht. Mein UrUrUrGroßvater JOACHIM FRIEDRICH hatte einst recht, als der den ersten Finowkanal von Liebenwalde nur bis Schöpfungurth bauen ließ und dann dem Flußchen Finow mehr oder weniger seinen Lauf ließ. Wahrhaft prophetisch, bei dem Zank und Streit 400 Jahre später.

Damné, wenn ich daran denke, daß wir befehlen, despeschieren und persönlich treiben mußten, um den zweiten Anlauf am 19. Juli anno domini 1743 mit diesem Kanal zu machen, wird mir übel beim aktuellen Gezänk. Ganz ehrlich: Hätte nicht mein Vater Stettin und einige Ländereien Pommerns den Schweden abgeluchst, hätte ich das Vorhaben nicht einmal mit der Zange angefaßt. Nun denn, es tat den Ländereien gut.

Daß der Kanal ein Erfolg wird, war beim Bau nicht immer an den Zahlen der Kassenbüttel abzusehen. Nach nur 3 Jahren Bauzeit (das kann heute gar keiner mehr) befuhr das erste Schiff mit 100 Tonnen Salz beladen am 16. Juni 1746 den Kanal.

Da wird immer wieder die Zahl der Schiffe ins Feld geführt beim Blick auf die Kosten. Zum Vergleich: 1749 befuhren ganze 1047 Kähne den Kanal!!! Wäre es danach gegangen, ich hätte den Kanal doit fermer immédiatement... Aber SOFORT!!

So wie es heute zu mir schallt, wird es mit den aktuellen Strategien nichts.

FRIEDRICH

Alternative Antworten

Eberswalde (bbp). Am 20. Januar hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski eine Pressemitteilung verbreiten lassen, in der von der »finalen Phase« der Verhandlungen zum Finowkanal die Rede war. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde hatte daraufhin erklärt: »Der Finowkanal bleibt auch erhalten, wenn er nicht mehr durchgängig für Kajütmotorboote befahrbar ist... Konzentrieren wir uns auf das Machbare. Dann gibt es eine Zukunft für den Finowkanal, die vielleicht auch das Wünschenswerte möglich macht.« (BBP 2/2017)

Bürgermeister Boginski hatte danach in erregter Reaktion gegenüber der lokalen Tagespresse das Ende und Scheitern der Verhandlungen dementiert. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen gab es daraufhin eine Nachfrage zu den konkreten Inhalten der Gespräche mit Vertretern der Landesregierung, die Anlaß der Pressemitteilung waren. Der Leiter des Amtes für Wirtschaft und Tourismus Dr. JAN KÖNIG übernahm die Antwort, wobei er eine schriftliche Beantwortung ausdrücklich ablehnte. Dabei erklärte Dr. König: »Die Verhandlungen sind noch nicht gescheitert«.

1. Worin bestanden die »klaren und hilfreichen Aussagen« der Vertreter der Landesregierung konkret?

Dr. König: Wir haben der Landesregierung Fragen übermittelt, die sich auf die Widmung, die verkehrliche Regelung und auf die Förderung bezogen. Dazu haben wir klare und hilfreiche Aussagen bekommen.

2. Welche finanziellen Aspekte gehören zu der »Vielzahl offener Fragen«, die vor einer »fundierten Entscheidung« zu klären sind?

Dr. König: Natürlich sind vor einer Entscheidung einige Fragen zu klären. Dazu zählt insbesondere, wieviel Kosten auf die Gemeinden zukommen. Und es ging darum, wie man an Förderungen kommt.

3. Welche umwelt- und verkehrsrechtlichen Aspekte gehören zu der »Vielzahl offener Fragen«, die vor einer »fundierten Entscheidung« zu klären sind?

Dr. König: Es ging darum, welche verkehrsrechtlichen Regelungen in den verschiedenen Szenarien gelten, wenn der Finowkanal z.B. eine Bundeswasserstraße bleibt und die Region nur die Schleusen übernimmt.

4. Um welche »neuen Erkenntnisse« und »angesprochene Themen« handelt es sich, die »in den weiteren Gesprächen mit dem Bund berücksichtigt« werden?

Dr. König: Die Erkenntnisse, die wir im Gespräch mit der Landesregierung am 18. Januar erhalten haben, haben wir am 19. Januar mit dem Bund erörtert.

Das Gutachten der Dr. Heilmaier & Kollegen Rechtsanwalts-gesellschaft mbH hatte Dr. König zu diesem Zeitpunkt auf dem Tisch, wie einer Bemerkung von ihm zu entnehmen war. Ein Teil der Zahlen wurde den Stadtverordneten am 21. Februar präsentiert. Über das Gutachten selbst, zu dem sie Ende März eine Meinung haben sollen, verfügen sie bislang nicht.

Hans Pieper legt Mandat nieder

Eberswalde (bbp). Der Stadtverordnete der Linksfraktion Hans Pieper legt zum Monatsende Februar sein Mandat nieder. Darüber informierte er in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 21. Februar. Den im Dezember verkündeten Austritt aus der Fraktion hatte er nicht vollzogen. Die erforderliche schriftliche Anzeige beim StVV-Vorsitzenden hatte er nicht abgeschickt, nachdem Fraktions- und Parteivertreter Ende des Jahres Gespräche mit ihm geführt hatten.



Foto: GERO MARIEMANN

In seiner Abschiedsrede machte er noch einmal deutlich, daß der erlebte Umgang in der

Fraktion durch den StVV-Vorsitzenden und Fraktionskollegen Volker Passoke Hauptgrund für sein Ausscheiden ist. Fraktionsvorsitzender Jürgen Wolff bedankte sich mit einem Blumenstrauß für Piepers langjährige kommunalpolitische Tätigkeit. Durch die Mandatsniederlegung bewahrt die Linksfraktion ihre personelle Stärke von 7 Abgeordneten. Nächster Nachrücker ist Ralf Kaiser, der als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär tätig ist und ehrenamtlich dem DGB-Kreisvorstand vorsitzt. Kaiser ist auch Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl im Wahlkreis 57 (Uckermark-Oberbarnim).

Nach zwei Todesfällen, zwei Mandatsniederlegungen und einem Fraktionsaustritt besteht die Fraktion mittlerweile mehrheitlich aus nachgerückten Ersatzpersonen.

Tohuwabohu – Kulturreihe wird im April fortgesetzt

Eberswalde (prest-ew). Tohuwabohu ist eine Kulturreihe, die zu Vielfalt und Verstehen anstiften soll. »Es ist ein freundliches Durcheinander, das wir hier präsentieren möchten«, so Kulturamtsleiter Dr. STEFAN NEUBACHER. Unter seiner Regie und in Kooperation mit dem Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio und der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit findet die Veranstaltungsreihe in diesem Jahr bereits zum dritten Mal statt.

Sieben Veranstaltungen sind bislang für 2017 geplant, darunter mindestens zwei Konzerte. So beispielsweise mit dem deutsch-türkischen Rapper VOLKAN T., der als Wegbereiter des türkischen Hip-Hop in Deutschland gilt, sowie dem Ensemble Hybrid in Finow Süd. Die Gruppe spielt auf historischen Instrumenten fernöstliche und westliche Musik und sorgt damit für aufregende Klangerlebnisse.

»Ein weiterer möglicher Gast ist in diesem Jahr SEKINE DEDELI«, so Dr. Neubacher. Die Prenzlauerin will über ihre Erfahrungen in der Flüchtlingshilfe berichten, wobei sie vor allem mit albanischen Flüchtlingen zu tun hat, die in Deutschland keine Bleibeperspektive haben und von Abschiebung bedroht sind.

Ebenfalls in diesem Jahr wird RAMAN ZAYA zu erleben sein. Der Iraner mit christlichen Wurzeln blickt auf eine langjährige Fluchterfahrung zurück. Außerdem ist der gelernte Medienwissenschaftler auch Performer und Künstler, wobei alle Facetten seiner Biografie in das Programm einfließen werden.

Die Kulturreihe Tohuwabohu beginnt in diesem Jahr im April. »Noch ist nicht entschieden, welcher Künstler im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio den Auftakt geben wird«. Die genauen Termine werden auf der Stadt-Homepage unter www.eberswalde.de bekanntgegeben.

Barnimer Kulturpreis 2016

Die Jury des Barnimer Kulturpreises hat entschieden: Der Kulturpreis 2016, insgesamt bereits der 18. in Folge und wieder mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert, geht an den Förderverein Binnenschiffahrtsmuseum Oderberg.

Die Stifter des Preises ehren damit das enorme ehrenamtliche Engagement von Vorstand und Mitgliedern des 62-köpfigen Vereins. Im Jahr 2008 übernahmen sie das Binnenschiffahrtsmuseum von der Stadt Oderberg zur Pacht und verhinderten damit die Schließung. So konnte ein wichtiger Part der Kulturlandschaft im Landkreis, ein Ort der Heimatgeschichte und der Traditionspflege erhalten und neu belebt werden.

Die Fassade des Museums erhielt seitdem ein neues Gesicht, das grüne »i« als Qualitätssiegel konnte errungen werden, zahlreiche Veranstaltungen – Konzerte, Feste, Lesungen, Film – fanden auf dem Museumsschiff »Riesa« oder im Museumspark statt und sogar heiraten kann man inzwischen im romantischen Schiffsambiente. Das Museum bietet Einblicke in die Geschichte der Schifffahrt des Oderraumes, beleuchtet für die Entwicklung der Region bedeutsame Wirtschaftszweige wie Fischerei und Flößerei und macht mit Schleusen- und Kanalbau auf anschauliche Weise vertraut.

Die Barnimer Bündnisgrünen bedanken sich für das tolle Engagement und wünschen dem Verein weiterhin viel Erfolg und eine Fortsetzung des unübersehbaren Aufwärtstrends. Gleichzeitig geht unser Dank für das kulturelle Engagement an alle anderen Bewerber und Vorgeschlagenen für den Kulturpreis.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Atomare Teilhabe

*Alle Staaten hochgerüstet.
Mancher auf Krawall gebürstet.
Sollte davon einer starten,
Wird der andere auch nicht warten!*

*Atomwaffen im deutschen Land.
Dieser Fakt ist weltbekannt.
Auch der Dümme kann erahnen,
Was deshalb die Gegner planen.*

*Koordinaten eingerichtet.
Ganz egal wohin man flüchtet.
Wir würden atomar verglüh'n.
Dank Teilhabe ins Jenseits zieh'n!*

*Was wird dann aus dem schönen Land?
In dem manch Syrer Heimat fand!
Was wird dann aus der Uckermark?
Wo wächst dann Holz für ihren Sarg?*

*Noch läßt der Mars sich nicht bewohnen.
Niemand darf sich also schonen.
Kämpft, für den Erhalt der Erde!
Kämpft, daß weltweit Frieden werde!*

RAINER KROBOTH

ver.di-Ausstellung:

»Fukushima, Tschernobyl und wir«

Am 26. April 1986 explodierte das Atomkraftwerk in Tschernobyl (Ukraine). Am 11. März 2011 wurde die Atomanlage in Fukushima (Japan) durch ein Erdbeben und den darauf folgenden Tsunami zerstört und zur jüngsten menschlichen und ökologischen Katastrophe. Anlässe genug, um sich mit einem nicht vorstellbaren Atomkrieg, mit Atomenergie, Atompolitik und der nach wie vor weltweit ungelösten Frage der Atomüllendlagerung zu beschäftigen. Ein Dauerbrenner!

Ab 2. März 2017 ist in der ver.di-Mediengalerie in Tempelhof die Plakatausstellung von »ausgestrahlt« zu sehen: »Fukushima, Tschernobyl und wir. Die Katastrophe ist noch lange nicht vorbei«. Zur Ausstellungseröffnung am Donnerstag, dem 02. März, um 18 Uhr wird Jochen Stay von »ausgestrahlt« kommen und die aktuellen atompolitischen Debatten in Deutschland beleuchten und der Frage nachgehen: Was haben wir wirklich aus Fukushima gelernt? Jochen Stay, der Sprecher der Anti-Atom-Organisation »ausgestrahlt«, macht Mut zur Einmischung und zeigt, was der/die Einzelne tun kann, um der Atomwirtschaft die Stirn zu bieten. Nach dem Vortrag gibt es die Gelegenheit zur Diskussion.

Die Ausstellung findet in Zusammenarbeit mit »ausgestrahlt – gemeinsam gegen atomenergie e.V., Hamburg und den Kooperationspartner Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (ippnw) statt. Zu sehen ist die Ausstellung bis 31. März 2017

Ort: ver.di-Mediengalerie Berlin, Dudenstraße 10, 10965 Berlin, U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, www.mediengalerie.org.

Öffnungszeiten: montags und freitags 14 - 16 Uhr, dienstags 17 - 19 Uhr, donnerstags 14 - 19 Uhr.

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Warum hört man von den meisten Menschen: »Mit Parteien und Politik will ich nichts zu tun haben«? Das liegt wohl daran, auch das steht im Lexikon, daß die Parteien nach politischem Einfluß streben, also Macht haben wollen. Sie nennen das »Verantwortung«. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sie, haben sie die Macht, dieser Verantwortung nicht gerecht werden, ihre Macht regelrecht mißbrauchen, um selbige – sprich Ämter und Posten – zu behalten. Wir haben allzuoft erfahren müssen, daß politische Programme vor der Wahl, im politischen Handeln nach der Wahl nicht mehr wiederzufinden sind. Bestes, nein schlechtestes Beispiel in Brandenburg ist die Partei DIE LINKE. Wir Wähler sehen uns betrogen und sagen dann, Politik ist »ein schmutziges Geschäft«. Hier soll es heute um Reformen gehen. Wenige Beispiele sollen uns zeigen, wie es um die Demokratie in unserem schönen Land Brandenburg steht.

Gemeindestruktureform

Sie ist das Werk der Parteien SPD und CDU. Sie wurde geradezu durchgepeitscht, angeblich weil sich nur große Gemeinden von mindestens 10.000 Einwohnern wirtschaftlich verwalten lassen. Die LINKE – damals in der Opposition – sah das kritisch. Heute haben wir viele große Verwaltungen für eher willkürlich zusammengewürfelte Gruppen von Dörfern, die zwar nie eine »Gemeinde« werden, aber so heißen. Praktisches Ergebnis ist, daß die Einwohner nun gar nichts mehr zu sagen haben, wenn es um die Belange ihres Dorfes geht. Ob eine Straße neu gebaut wird, ob eine Wasserleitung gelegt, ein Bus fährt oder eine Schule bleibt, darüber entscheidet jetzt eine Gemeindevertretung, in der vielleicht gar keiner mehr aus dem Dorf sitzt. Andere sind die Bestimmer, die im Dorf sind die Bezahler, erfunden von »demokratischen« Parteien. Ist das Demokratie?

Schulreform

Es gibt das Recht auf Bildung und (deshalb) die Schulpflicht. Jedes Dorf braucht eine eigene Schule, jedenfalls für die jüngsten Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Lebensjahr. Kurze Beine – kurze Wege. Diese Devise war schnell vergessen, weil sich Dorfschulen »nicht rechnen«. Wir müssen reformieren! Schulklassen mit weniger als 20 Schülern darf es nicht geben! Alle müssen mit dem Schulbus in den Hauptort fahren. Das kostet Geld und Zeit. Wird wirklich gespart? Das Schulamt im Kreis ist abgeschafft und jetzt 100 km entfernt. Inzwischen dämmert es den »Verantwortlichen«. Diese Reform funktioniert nicht. Jahrgangsübergreifender Unterricht und Inklusion wurden (neu) erfunden – Große helfen Kleinen, Kinder mit Handicap bleiben in der Gemeinschaft Gleichaltriger, (noch) Fremde werden mitgenommen, »integriert«. Plötzlich fehlen hunderte Lehrer! Schulreform ade! Die SPD-Landesregierung ist mit ihrer Schulreform – wie Fachleute vorher sagten – gescheitert. Wie konnte es dazu kommen? War das Demokratie?

Parteien, Reformen und Demokratie

von Johannes Madeja

Parteien sollen sich um die politische Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger verdient machen. Deshalb heißen sie politische Parteien. Eine Partei – so das Lexikon – ist eine politische Organisation von Menschen mit gemeinsamen sozialen Interessen und politischen Auffassungen. Eine Partei kann doch nicht schlecht sein, oder?

Polizeireform

Wir wollen sicher leben. Wir wollen Schutz vor Verbrechern, Dieben, Räubern, Mördern. Die gibt es leider immer noch, Tendenz zunehmend – oder habe ich das nur »gefühl«? Jedenfalls brauchen wir die Polizei. Der Innenminister (IM) und der Ministerpräsident (MP) – beide SPD – meinten, daß sie sparen müssen, an unserer Sicherheit sparen! Polizeiwachen wurden abgeschafft, Reviere zusammengelegt, Stellen gestrichen. Den Schutzpolizisten gibt es schon lange nicht mehr. Wenn man Presseberichten glauben darf, dann ist die Polizei mit wenigen Straftätern und Gefährdern, Fußball-Hooligans und Steuerbetrügnern (Banken?) und mit Blitzereinsätzen (es gilt, Geld einzunehmen!) vollauf beschäftigt. Ein Bürger, der eine Straftat anzeigt, wartet monatelang, ehe überhaupt mit der Ermittlung begonnen wird. Jetzt hat es der IM endlich gemerkt, so geht das nicht! Jetzt wird die Reform wieder rückabgewickelt. Polizisten sollen wieder eingestellt werden, aber es gibt zu wenige, die das können! Wie konnte es dazu überhaupt kommen? War das demokratisch? Oder eher dilettantisch?

Forstreform

Dreißig Prozent Deutschlands ist von Wald bedeckt. Das soll so bleiben. Wald ist wichtig, liefert Sauerstoff, schluckt Kohlendioxid, speichert Kohlenstoff und bewahrt das Grundwasser. Er beherbergt viele Tier- und Pflanzenarten und liefert Holz. Der Wald will klug gepflegt sein, um all diese Aufgaben erfüllen zu können. Dazu braucht es Fachleute, die heißen Förster. Grade hier wollten MP und IM wiederum sparen. Reviere wurden zusammengelegt, große Flächen privatisiert. Mit verheerenden Folgen. Kahlschlag ist verboten – aber sagen Sie das mal einem Harvester, so heißen die Holzerntemaschinen, die den Waldboden kaputtpflügen! Wer widerrechtlich zu viel Holz »erntete« und unwiederbringlichen Schaden anrichtete, muß allenfalls mit einer Geldstrafe rechnen, die sich der Höhe nach am (illegalen) Erlös orientiert, also das gute »Geschäft« nicht kaputtmacht!

Das Revier eines Försters darf nur so groß sein, daß er auch in der Lage ist zu kontrollieren, ob in »seinem« Forst alles mit rechten Dingen zugeht. Das kann er schon lange nicht mehr. Auch hier ist festzustellen: Der MP (SPD) ist einmal mehr mit seiner Reform gescheitert. Auch hier hat die soziale Demokratie wohl nicht funktioniert!

So, das waren beispielhaft einige Reformen der Vergangenheit, die scheiterten, jedoch noch böse nachwirken. Aber eine Reform steht uns ja noch bevor:

Kreisgebietsreform

Aus 14 Kreisen sollen 9 werden und drei kreisfreie Städte »eingekreist« sein. Angeblich erzwingen der demographische Wandel und die Landflucht die Zusammenlegung von Kreisen. In diesem Zusammenhang soll es auch eine Funktionalreform geben. Verwaltungsaufgaben sollen vom Land an die Kreise, von den Kreisen an die Gemeinden übertragen werden. Wie genau das alles passieren soll, welche Stadt Kreisstadt wird oder bleibt, darüber herrscht noch Stillschweigen, aber auch hier geht es sicher um Geld, um viel Geld, das bei der Übertragung der Aufgaben gern »vergessen« wird. Diesmal ist die CDU – jetzt in der Opposition! – dagegen, vor allen Dingen wegen der Bürgermeisterposten in den einzukreisenden Städten. Die LINKE – jetzt Regierungspartei – macht nun gemeinsame Sache mit ihrer rosa Schwester SPD und will uns die Notwendigkeit der Reform »erklären«. Das funktioniert aber nicht. Man kann einen Kuhfladen nicht zum Spinat schön reden!

Zunächst einmal kostet so eine Reform Geld. Selbst die Befürworter bestreiten das nicht! Daß es danach keine Einsparungen geben wird, das weiß man schon in Sachsen und auch in Mecklenburg-Vorpommern. Leider hat sich das in der Landesregierung Brandenburg noch nicht herumgesprochen, jedenfalls wird es dort mit Fleiß ignoriert. Weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann was nicht sein darf! (Christian Morgenstern)

Wir Bürger wissen jetzt schon sicher: Auch diese Reform wird scheitern. Noch gibt es einen Funken Hoffnung, daß es gar nicht erst so weit kommt. Mit der zeitlichen Verschiebung nach den Landtagswahlen 2019 hat der Einstieg in den Ausstieg schon stattgefunden! Wir haben mit unserer Unterschrift im Rahmen der Volksinitiative daran Anteil und vielleicht gelingt es uns ja, den Ausstiegsprozeß zu beschleunigen! Damit hätten wir den Bürgern künftige sehr lange Wege zum Landratsamt erspart, einen kleinen Schritt gemacht zu mehr Demokratie.

Fazit

Die Reformen der regierenden Parteien im Land Brandenburg haben mit Demokratie nichts zu tun. Sie sind eher der Ausdruck einer Parteiendiktatur, die schleunigst zu beseitigen ist. Reformen im Land sollten bei den Parteien beginnen, damit sie irgendwann – möglichst bald – wieder das Recht zu haben, sich demokratisch zu nennen. Erst danach wird es, erst danach kann es, wieder aufwärts gehen mit der Demokratie im Land.

Das Flüchtlingsheim im Wald

Kundgebung vor dem Landratssitz gegen Unterbringung im Wald am 28.2.

Eberswalde (bbp). Am 17. Februar gab es in Eberswalde eine Spontandemo gegen die Abschiebung eines jungen Mannes aus Somalia. Dieser soll aus der Unterkunft in Ützdorf ohne Vorankündigung nach Belgien verbracht worden sein. Dort soll sein Asylantrag bereits abgelehnt worden sein.

Um diese Abschiebung nicht unwiderrprochen hinzunehmen, demonstrierten spontan mehr als 30 Menschen auf dem Eberswalder



FOTO: ANTI-FASCHISTISCHE INITIATIVE EBERSWALDE

Marktplatz und zogen anschließend vor die Ausländerbehörde. Ihre Forderung: Bleibe-recht für alle!

Am 27. Februar wird es um 16.30 Uhr eine weitere Kundgebung auf dem Marktplatz Eberswalde vor dem Landratssitz geben. Dann wird auf die ungünstigen Bedingungen im Erstaufnahmeheim in Ützdorf aufmerksam gemacht. Dorthin wurden nach der Schließung der Notunterkunft in der Eberswalder Eisenbahnstraße die verbliebenen Männer verfrachtet. Ützdorf ist ein abgelegener Flecken im Wald zwischen Lanke und Wandlitz und laut Auffassung der Initiative Barnim, die zur Kundgebung aufruft, als Wohnort für geflüchtete Menschen nicht tragbar.

Mit seinen 20 Einwohnern hat Ützdorf keinerlei Einkaufsmöglichkeiten, keine Ärzte, keine öffentlichen Orte, die die Geflüchteten aufsuchen könnten. Gleichzeitig müssen sie sich aber selber versorgen. Es gibt nur sehr wenige Busverbindungen nach Ützdorf.

Um Termine beim Jobcenter oder der Ausländerbehörde pünktlich wahrnehmen zu können, fahren die Geflüchteten oft schon einen

Tag früher los und versuchen dann, eine Nacht irgendwo unterzukommen aus Angst, daß sie ihren Termin nicht pünktlich wahrnehmen können. Denn wer zu spät kommt, hat Pech gehabt und muß auf einen neuen Termin warten. Die jungen Männer haben außer einem wöchentlichen zweistündigen ehrenamtlich organisierten Kurs keinen Deutschunterricht. Sie haben keinen Zugang zu Maßnahmen, die integrations- und sprachfördernd wären. Es gibt keinen Handyempfang im Haus. So fällt es schwer, Kontakt zu Verwandten und Freunden zu halten.

Die Initiative Barnim fordert, daß »Menschen, die bei uns Schutz suchen, ... unter anderen Menschen wohnen (sollten), mit Verkehrsanbindung und selbstbestimmtem Zugang zu notwendiger Infrastruktur, statt einer versteckten Unterbringung in abgelegenen Flecken wie Ützdorf.«

Mit der Kundgebung vor dem Sitz der Kreisverwaltung wollen Geflüchtete aus dem Heim in Ützdorf und ihre Unterstützer auf ihre schwierige Situation aufmerksam machen.

Die Kundgebung am letzten Montag im Februar beginnt um 16.30 Uhr.

Fahrradwerkstatt sucht ehrenamtliche Helfer

An der Alten Lanker Straße im Bernauer Ortsteil Ladeburg gibt es eine ehrenamtliche Fahrradwerkstatt, in der deutsche Ehrenamtliche auch mit geflüchteten Menschen zusammen an den Rädern »werke« und in diesem Kontext auch deren deutsche Sprachkenntnisse vertiefen möchten.

Besucht werden kann die Fahrradwerkstatt zur Zeit jeden Donnerstag zwischen 10 und 14 Uhr. Wenn sich genügend Mitwirkende finden, soll die Fahrradwerkstatt, wie im letzten Jahr auch, zusätzlich am Dienstag zwischen 10 und 14 Uhr geöffnet werden. Hier wird also einerseits Unterstützung gesucht und andererseits eine sinnvolle ehrenamtliche

Beschäftigung geboten. Es ist auch geplant, die defekten Fahrräder vom Heim an der Wandlitzer Chaussee abzuholen und dort zu reparieren. Dafür ist aber noch Verstärkung nötig.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen oder in Ihrem Umfeld Menschen haben, die sich dafür interessieren, können Sie mir das gern schreiben oder sich gleich melden bei:

Thomas Franke, Brandenburger Umwelt- und Tierschutzzentrum e.V. (B.U.T.Z.e.V.), Alte Lanker Straße 100, 16321 Bernau bei Berlin (Tel.: 03338/758253, eMail: butzborow@arcor.de).

DIETER GADISCHKE

Somalischer Nachmittag

Initiiert und begleitet durch FATUMA MUSA AFRAH, eine somalisch stämmige Aktivistin, organisiert die Bürgerstiftung Barnim Uckermark in Kooperation mit dem Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde«, dem Landkreis Barnim und dem Amadeu-Antonio-Haus Eberswalde einen Nachmittag der Somalisch-Deutschen Begegnung, wozu wir Sie und Ihre Familie recht herzlich einladen möchten.

Der »Somalische Nachmittag« findet am Samstag, den 11. März, von 13 bis 17 Uhr im Saal des Bürgerbildungszentrums »Amadeu-Antonio« in der Puschkinstraße 13 in Eberswalde statt. Es wird somalische Spezialitäten geben, Musik und die Möglichkeit traditionelle Tänze zu probieren. Wir wollen Platz zur Begegnung und zum Austausch schaffen und gemeinsam über weitere Aktivitäten und Kooperationen nachdenken.

Achtung: Interessierte Hobbyköche und -köchinnen und solche, die es werden wollen, sind herzlich willkommen, in der Küche des Café im Amadeu-Antonio-Haus beim Schnipseln und Kochen mitzuhelfen und einen Einblick in die somalische Küche zu bekommen. Wir starten bereits um 8 Uhr, da das Essen um 13 Uhr fertig sein soll.

KATJA SCHMIDT,
Freiwilligenagentur Eberswalde

Aschermittwoch am Freitag

Bernau (bbp) Am 25. Februar hatte der Stadtverband Bernau der Partei Die Linke auf einer Mitgliederversammlung seinen neuen Vorstand gewählt und einen Arbeitsplan bis 2018 beschlossen. Wichtige Diskussionsthemen waren die Vorbereitung der Bundestagswahl sowie der Bürgerentscheid zum Rathausneubau.

Ein nächstes Treffen der Bernauer Linken gibt es bereits eine knappe Woche danach mit nicht ganz so ernstzunehmenden Themen. Der »Politische Aschermittwoch« wurde dabei auf den Freitag (3. März) verlegt. Zum 8. Mal laden die Linken ins Bernauer Ofenhaus (Weinbergstr. 4) ein. Die Polit-Satire beginnt um 19 Uhr und nimmt wie immer aktuelle Themen der Bernauer Stadtpolitik auf's Korn, diesmal unter dem Motto »Rathaus-Blues«. Einlaß ist ab 18.15 Uhr, der Eintritt ist frei.

Zertifikate per Online-Kurs

Eberswalde (kvs). Das bundesweite Kurs- und Zertifikatssystem Xpert Business ist inzwischen fester Bestandteil des Kursangebotes der Kreisvolkshochschule Barnim im kaufmännischen Bereich. Die Seminare reichen von der Finanzbuchhaltung über Lohnbuchführung und Bilanzierung bis hin zu Steuerrecht und Personalwirtschaft. Mit den Live-Online-Kursen des Xpert Business LernNetzes kann garantiert werden, daß keine Seminare mehr wegen zu geringer Teilnehmerzahl ausfallen. Start der Kursreihe ist am 2. März, um 18.30 Uhr. Weitere Informationen unter www.kvhs-barnim.de.

Der Friede blieb zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht lange erhalten. Nach der Kapitulation Deutschlands am 11. November 1918 bis zum deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 vergingen 20 Jahre, 9 Monate und 20 Tage – die »friedlichen Übernahmen« von Österreich und der Tschechoslowakei 1938/39 sowie der Spanische Krieg (1936-39) sind dabei nicht mitgerechnet.

Hitler und seine Verbrecherbande hatten im Auftrag der deutschen Kapitalisten die Neuaufteilung der Welt im Visier.

Die KPD mit ihrem Vorsitzenden ERNST THÄLMANN hatte das schon Anfang der 30er Jahre erkannt. Sie verbreitete die Losung: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!«

Doch unser Volk hörte nicht. Die Deutschen wählten 1932 PAUL VON HINDENBURG, der schon 1916 bis 1918 mit der von ihm geführten Obersten Heeresleitung faktisch diktatorisch die Regierungsgewalt im kaiserlichen Deutschland ausübte und 1925 als Nachfolger des SPD-Politikers FRIEDRICH EBERT zweiter Reichspräsident der Weimarer Republik wurde, erneut zum Reichspräsidenten. Es waren 1925 und 1932 jeweils direkte Wahlen.

Es war die CDU-Fraktion, die dazu eine Aktuelle Stunde beantragt hatte. Der CDU ging es gegen den Strich, daß Ministerpräsident Woidke vage Kritik am Truppenaufmarsch im Osten geäußert hatte und daß einige Politiker der Linkspartei gegen die Truppenverlegung demonstriert hatten.

Daß sich CDU-Fraktionschef INGO SENFTLEBEN als Kriegshetzer betätigte und seiner Ruspohobie freien Lauf ließ, mußte indes kaum verwundern. Viel überraschender war da die Rede des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden RALF CHRISTOFFERS, die auch in der Februar-Ausgabe der LINKEN Kreiszeitung »Offene Worte« abgedruckt wurde. Bei den vielen pseudoradikalen Phrasen, die ihn als Friedenskämpfer in Licht setzen sollen, sind es vor allem die Halbsätze und Relativierungen, die einen in Abgründe blicken lassen.

Planung globaler Sicherheit

Ja das klingt sehr gut
Das macht den Menschen wieder Mut
Doch wer da denkt, es geht um unser Leben
Der liegt mit seinem Gedanken daneben
Setzen sie sich für die Sicherheit ein
Dann darf es nur die eigene sein
Sie wollen Macht und Reichtum behalten
Die Ausbeuterklasse will alles verwalten
Sie wollen stets hohe Profite einbringen
Dort wo Werktätige um Gerechtigkeit ringen
Wenn Menschen für Frieden demonstrieren
Dann wird's langsam ernst, daß sie verlieren
Wenn sie von globaler Sicherheit reden
Geh't nicht um den Schutz von unsrem Leben
Denn, ohne Kriege und Ausbeuterei
Ist die Zeit des Kapitalismus bald vorbei

ELISABETH MONSIEG

Frieden mit Rußland!

Nie war die Gefahr eines dritten Weltkriegs seit 1990 so hoch wie heute

Hindenburg war bis heute das einzige deutsche Staatsoberhaupt, das je vom Volk direkt gewählt wurde. Im Jahr 1932 geschah dies mit Unterstützung der SPD, die schon ab 1914 ihren »Burgfrieden« mit dem deutschen Militarismus geschlossen hatte und sich 1918/19 maßgeblich an der Erwürgung der deutschen Revolution beteiligte. Das sollte nicht vergessen werden.

Am 30. Januar 1933 wurde ADOLF HITLER vom Reichspräsidenten Hindenburg – wie von Ernst Thälmann vorausgesagt – zum Reichskanzler ernannt.

Die Nazi-Propaganda war erfolgreich. Nach der verheerenden Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise brachte vor allem die Wiederaufrüstung die Menschen in Arbeit. Im Vergleich zu den Krisenjahren gab es einen relativen Wohlstand. Die Unterdrückung oppositioneller Meinungen funktionierte. Den Deutschen wurde regelrecht der Kopf verdreht. Und die Kriegsproduktion lief auf Hochtouren. Auch in Eberswalde. Am »deutschen Wesen«

sollte »die Welt genesen«. 60 bis 70 Millionen Menschen starben. Allein dem »Henker von Warschau« (siehe BBP 2/2012), der in der BRD als Bürgermeister von Westerland auf Sylt und Landtagsabgeordneter Karriere machte, fielen mehr als 200.000 Menschen zum Opfer.

Und nun sind wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze. Sogar eine US-Panzerbrigade mit 420 Panzern wurde dorthin verlegt. Die Kriegs-Propaganda gegen Rußland und ihren Präsidenten Putin läuft auf Hochtouren.

Nie war seit 1990 die Gefahr eines neuen Weltkriegs so hoch wie jetzt.

Dem müssen wir Einhalt gebieten!

Die NATO bringt uns keinen Frieden. Es wäre ein Gewinn für alle, wenn die BRD aus der NATO austreten würde. Ein Umwandlung der EU in einen eigenständigen Militärpakt hilft uns aber ebenso wenig.

Wir brauchen Abrüstung!

Statt Konfrontation und Kriegshetze brauchen wir Frieden mit Rußland!

NORBERT GLASKE, DKP Barnim

Die Abgründe eines »Linken«

»US-Panzer rollen durch Brandenburg« lautete die Schlagzeile auf Seite 1 der Februar-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Der Autor Johannes Madeja hatte seine Hoffnung ausgedrückt, daß sich im Landtag Brandenburg Abgeordnete zu Wort melden, »um die Friedensdefizite in den Köpfen der Bundesregierung deutlich sichtbar zu machen«. Tatsächlich befaßte sich der Landtag am 19. Januar mit dem Thema.

So fordert Christoffers zu Recht, daß Konflikte politisch gelöst werden müssen – aber die Stationierung der NATO-Truppen trägt »zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht dazu bei«. Damit suggeriert Christoffers, daß dies zu einem anderen Zeitpunkt durchaus nützlich wäre.

Bei allem nimmt er ungeprüft die Sichten der Kriegspropagandisten von Gauck, von der Leyen bis Senftleben in seine Argumentation. Er plappert von einer »völkerrechtswidrigen Annexion der Krim« – ohne zu beachten, daß dem ein nationalistischer Putsch in Kiew voranging, dem sich die Menschen der Krimrepublik widersetzen, sich letztlich per Volksabstimmung von der Ukraine trennten und den Beitritt zur Russischen Föderation beschlossen. So eine Volksabstimmung gab es bei der Annexion des Kosovo durch die EU nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht. Auch beim Beitritt der DDR zur BRD kamen wir ohne aus.

Der Krim blieb damit – auch das ignoriert Christoffers – jener Bürgerkrieg erspart, der bis heute den Donbass verheert und den er lapidar als »Eingreifen Rußlands in die Ukraine« bezeichnet. Das Vorrücken der NATO nach Osten auf das Gebiet der einstigen Sowjetunion bis an die unmittelbaren Grenzen Rußlands nennt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN hingegen »Putins eigene Expansionspolitik«. Christoffers bemüht die Ängste der nationalen Eliten in

den baltischen Staaten und Polen vor »der Bedrohung durch Rußland«, vor einem »Hegemonieanspruch Rußlands« oder gar einem »konventionellen militärischen Konflikt mit Rußland« und glänzt mit seinem historischen Halbwissen, ohne auch nur eine Spur von Hirnschmalz dafür aufzuwenden, inwieweit diese Ängste der dortigen politischen Machthaber irgendeine reale Grundlage haben oder ob es nicht vielmehr die Angst vor den eigenen Völkern ist, die jene Machteliten nach fremden Truppen im eigenen Land schreien lassen.

Der einstige Linke hat das bürgerliche Mainstream-Vokabular tief verinnerlicht. Christoffers spricht von einem »gemeinsamen Werteverständnis Westeuropas« (also dem gemeinsamen Werteverständnis der Iren, Portugiesen und Franzosen!), das – man staune – »gegenüber Rußland deutlich gemacht werden« könne.

Dies erbege »sich sowohl aus der zentralen geografischen Lage Deutschlands als auch aus der wirtschaftlichen Bedeutung«. Sein Geographielehrer wird sich im Grabe umdrehen, denn für Christoffers gehört nicht nur Brandenburg zu Westeuropa, sondern auch Polen und sogar die baltischen Staaten. Ruft er bald nach einem »Westeuropa bis zum Ural«? Welchen Weg geht DIE LINKE, wenn dort Leute mit solch wirrem »Wertesystem« die Politik bestimmen?

GERD MARKMANN

Warten auf einen kleinen Freund

Oben von dem Berg, Drachenkopf genannt, hat man einen weiten Blick über die Stadt Eberswalde und die Barnimer Landschaft. In jedem Frühjahr sang im Garten des Altersheimes, das hier oben steht, eine Nachtigall. Aus dem Fliegergebüsch ertönte abends und nachts eine herrliche Melodie:

*Wie, wie, wie, wie, dildio, dildio,
wie, wie, wie, wie bin ich froh, bin ich froh.*

Die lange Reise aus dem tropischen Afrika hatte der kleine Vogel geschafft.

*Schnüie, schnüie, zoi, zoi, zoi, rolle, rolle, rolle,
die, die, die Freude macht mich tolle, tolle.*

Das ist eine Leistung, tausende Kilometer bewältigt zu haben, den Vogelfängern in Spanien oder Italien entkommen zu sein und dasselbe Gebüsch hier wiedergefunden zu haben. *Schniach, schniach, schniach, zoi, zoi, zoi, zoch, zoch, zoch, zoch,
ach, ach, ach, wie freu, freu ich mich doch.*

Die Heimbewohner hatten den Sänger gern. Das Vogelmännchen singt am Tage und in der Nacht, um ein Weibchen anzulocken. Ende des Jahres 2003 wurde in Erwartung der Baumenschen das Gartengebüsch abgeholt, der Garten des Heimes brach gelegt. Bald wurde die Baugrube ausgehoben. Schon lange war der Neubau für das Alten- und Pflegeheim auf dem Drachenkopf von der Inneren Mission geplant. Im Frühjahr begannen die Fundamentierungsarbeiten, aber im Jahre 2004 wurde der Bau nicht beendet.

Wo hatte sich die Nachtigall hingerettet? Es sind genügend Gärten in der Nähe und an der Goethetreppe hinauf gibt es reichlich Gebüsche, nur einen so sonnigen und hellen Standpunkt nicht. Ich hatte die Nachtigall zwar bedauert, jedoch vergessen.

Ende April des folgenden Jahres 2005 hörte ich wieder die bezaubernde Melodie: gegenüber meiner Wohnung in der Altstadt befinden sich stark mit Efeu bewachsene Reste der Stadtmauer und dahinter schließt sich der naturbelassene Pfarrgarten an. Unter den alten Eschen und Linden wuchert eine Knallbeerenhecke, zur Fahrbahn hin liegt ein breiter Rasenstreifen. In der Mittagszeit ertönte es: *Schnöö, schnöö, schnöö, triie, triie, triie,
schön, schön, bin wieder hiie, hiie, hiie.*

In den Jahren zuvor hatte ich hier keine Nachtigall bemerkt.

*Schnach, schnach, schnach, füüü, füüü, füüü,
Ach, ach, habt ihr mich lieb, lieb, lieb?*

Sie gab sich gleich selbst die Antwort: *Düdljo, düdljo, düdljo, zoch, zoch, zoch,
ich glaube doch, doch, doch.*

Mein Schlafzimmerfenster war bei schönem Maienwetter des nachts offen. Ich brauchte abends kein Radio und kein Fernsehprogramm:

*Schnüie, schnüie, schnüie, zoi, zoi, zoi, zoi,
wie, wie, wie kann ich euch erfreuen?*

Meine Antwort war nicht erwünscht. Der kleine, sechzehn Zentimeter lange Vogel machte lautstark weiter:

*Triie, triie, triie, schnach, schnach, schnach,
lieg, lieg, lieg einfach wach, wach, wach.*

Ehrlich, ich hatte Mühe, einzuschlafen, aber ich lauschte gern diesem tollkühnen Konzert, vier Wochen lang. Dann rückten die Straßenbauer mit schweren Maschinen an. Das Kopfsteinpflaster unserer alten Goethestraße wurde aufgerissen mit mittelgroßen, kleinen und großen Baggern. Meine Enkelkinder, zwei Jungen von drei und fünf Jahren, kamen zu Besuch. Sie klärten mich auf, daß das Radlader und Raupenbagger seien. Dann wurden neue Entwässerungsröhre gelegt, der Bürgersteig neu gepflastert, Sand und Kies angefahren. Planiermaschinen gröhnten. Den größten Lärm machten die Rüttler, die das kleinere Pflaster für Parkflächen und Gehwege einstampften.

In den ersten Tagen der Straßenbaumaßnahmen hörte ich abends noch die kleine Nachtigall. Danach war Ruhe.

Was war geschehen? Ich las, daß Nachtigallen Bodenbrüter sind und ihre Nester im dichten Gebüsch wenig über dem Erdboden bauen, Insekten und Beeren fressen, daß sie bis zu vier Eier legen und nur die Henne brütet. Der Hahn helfe nur ein wenig beim Füttern. Der Gesang blieb verstummt. Hatte die Nachtigall ein Weibchen gefunden, hatte dies Eier gelegt und saß still auf ihrem Gelege, wurde mit Insekten und Beeren gefüttert? Oder hatte eine der zahlreichen Katzen Beute gemacht und die Vogelfamilie zerstört? Möglicherweise auch Waschbären, die im Barnimer Land wild leben und die Gelege der Wasservögel an den Seen schon ausgeraubt haben? War der Baulärm zu stark, daß sich Vögel nicht mehr verständigen konnten? Alles war möglich.

Später, im März 2006, waren die ersten Zugvögel da, die Singdrosseln flöteten angenehm in den Gärten. Trotz des noch herrschenden Frostes vermitteln uns die frühen Sänger Frühlingseindrücke. Ich wartete gespannt auf die letzten Apriltage, ob unsere Nachtigall wiederkehren würde zu ihrem Wohnsitz an der Stadtmauer. Könnten wir wieder ihren Selbstgesprächen lauschen:

*Zoi, zoi, zoi, rolle, rolle, rolle,
schnüie, schnüie, füüü, füüü, füüü,
dildjo, dildjo, ich bin doo!?*

WALTRAUD VOIGT

Nachbemerkung: Die Nachtigall ist nicht zurückgekehrt. Am Drachenkopf gibt es wieder mehrere Nachtigallen und in den Gärten auf dem Paschenberg. Auch in der Michaelisstraße neben der Sparkasse sangen jahrelang Nachtigallen; nachdem die Bäume abgeholt wurden sind diese auch verschwunden.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Der Askanierturm von Cedynia

Sonntag, 5. März: Führung durch Cedynia (Zehden) im ehem. Landkreis Königsberg/Neumark

Cedynia (Zehden) mit seinem Askanierturm, der imposanten Kirche eingebettet in die Hügel der Zehdener Berge ist eine Perle in der Neumark. Archäologische Forschungen haben ergeben, daß das Gebiet um Cedynia schon um 3500 v.u.Z. besiedelt wurde. Etwa im 8. Jahrhundert entstand eine Burg... Das und weitere Informationen erhalten Interessierte bei der heute stattfindenden Führung.

Treff: 13.30 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen

Im grünen Tann am düstern Grund

Sonntag, 12. März: Wanderung durch düstere Gründe und dunkle Wälder, 7 km

Das Landschaftsschutzgebiet Freienwalder Waldkomplex ist ein romantisches Wandergebiet mit wechselndem Waldbestand und lädt förmlich zum Wandern ein. Kaffeerast in der Köhlerei. Wanderleiter: Klaus Schuchter.

Treff: 13.30 Uhr Alte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Neumarkwanderung

Sonntag, 19. März: Wanderung von Nieder-Lübbichow nach Zehden, 8 km

Wir fahren gemeinsam über die Grenze bis Lubiechów Dolny (Nieder-Lübbichow). Dort wandern wir auf einem 4 km langem Höhenweg oberhalb des Zehdener Bruches nach Cedynia (Zehden). Hier Kaffeepause und Klosterbesichtigung. Danach Rückweg.

Treff: 13.30 Uhr Hotel Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen

Auf Walter Müllers Spuren

Sonntag, 26. März, Auf Walter Müllers Spuren in den ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark

Per Auto erkunden wir den ehemaligen Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand. Die Tour findet zu Ehren von Naturfreund Walter Müller statt, der am 27. März seinen achten Todestag hat. Erster Halt am Riesenadler. Danach Zehdener Heide (Erikahänge). In Cedynia (Zehden) ersteigen wir den Askanierturm und blicken über das Zehdener Bruch. Optional Besuch des Museums in Cedynia (4 Zloty Eintritt). Mittagsrast in Cedynia. Weitere Stationen: Orzechów (Wrechow), Czachów (Zachow) mit Ordensritterkirche, Lubiechów Górny (Hohen Lübbichow), Lubiechow Dolny, Piasek (Peetzg), Bielinek (Bellinchen)

Treff: 10 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.



Gedanken zum Frauentag

von Maria Benditz

Frauen sind die Helden, die den Alltag meistern und stets für den anderen da sind.

Sei es für den Mann oder das Kind.

Sie werden nicht klagen, manchmal auch aufs Ganze gehen und stets das Risiko tragen.

Frauen sind wie höhere Wesen in unserem Weltall.

Sie sind rege und stolz vom Kopf bis zum Kleidersaum.

Frauentagslesung

Mittwoch, 8. März, 19 Uhr (Buchhandlung)

Leipziger Buchmesse

Sonntag, 26. März, 6 Uhr: Tauchen Sie mit uns ein in die Welt der Bücher. Wir fahren mit Ihnen zur Messe (ab Buchhandlung).

Das Team der Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 2, 16225 Eberswalde)

Ein Ganz eigener Sound

Am Samstag, dem 11. März, um 20 Uhr, kommt die Band KRISPIN nach Joachimsthal in den Heidekrug. Musik für Erfahrene, Songs, die uns an irgendwas erinnern, das wir selbst vielleicht schon erlebt haben. Songs, die Dichte und Weite gleichermaßen erzeugen. »Das Album von KRISPIN gefällt auf Anhieb, schöne Texte und mal nicht die übliche Gitarren(deutsch)rock-Geschichte, sondern ein anderer, eigener Sound...« – Birgit Fuss (Rolling Stone). Eintritt: 12 Euro. **G. AMM**

Kommunales Kino

Am Freitag, den 3. März, um 19.30 Uhr, zeigt der Verein KULTURHAUS HEIDEKRUG 2.0 im kommunalen Kino den Dokumentarfilm RABBI WOLFF (Deutschland 2016).

William Wolff ist Ende 80 und der wohl ungewöhnlichste Rabbiner der Welt. Der kleine Mann mit Hut wurde in Berlin geboren, hat einen britischen Paß und wohnt in einem Häuschen in der Nähe von London. Immer Mitte der Woche fliegt er nach Hamburg, steigt dort in den Zug und pendelt zu seinen Jüdischen Gemeinden nach Schwerin und Rostock (Länge: 90 Minuten, FSK: 0). Eintritt 6 €.

Am 10. März, 19.30 Uhr folgt der Spielfilm JULIETA (Spanien, 2016). Mehr Infos unter www.heidekrug.org.

GISBERT AMM

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 22. Februar 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22. März 2017.